Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 3,10 Mk.: durch den Boten frei ins Haus 3,50 Mk.; durch die Post 3,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf.
Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Chiffreanzeigen und Nachweisungen 30 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags.
Telefon Nr. 324.

Nr. 109 — Mittwoch, den 21. Mai 1919. — 45. Jahrg.

Versailles und St. Germain.

In Versailles geht die Tragödie ihrem Höhepunkt entgegen. In St. Germain an Laye beginnt ein neues Spiel mit dem gleichen Inhalt. Nicht sonderlich geistreich ergeht sich der Verband in Wiederholungen und läßt auch die österreichischen Vertreter warten. Die Verhandlungsabordnung, an deren Spitze der Staatskanzler Dr. Renner steht, hat ebensalls eine ungeheuer schwere Aufgabe zu verrichten, die vor allem andern zwei Hauptfragen aufweist: die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich und die der territorialen Abgrenzung gegen die Tschecho-Slowakei, Ungarn und Italien. Die Lage der österreichischen Vertreter ist weiterhin besonders schwierig, weil die Gegner Deutsch-Österreich und dem magyarischen Ungarn alle Last und Verantwortlichkeit aufbürden wollen, die sich aus der Niederlage des Gesamtreiches ergeben. Die „siegreichen" Teile der ehemaligen Monarchie, die Tschechen, Kroaten, Slovenen und Polen wollen nicht nur ihre politische Unabhängigkeit, sondern sie verlangen auch noch finanzielle Vorteile.

Aber von allen Fragen, die in St. Germain behandelt werden, steht die Anschlußfrage im Vordergrunde. Die Deutsch-Österreicher sind fest entschlossen, auf dem Recht der Selbstbestimmung unter allen Umständen zu bestehen. Sie lassen sich weder durch Widerstände im eigenen Lande hindern, weder durch die Umtriebe gewisser Finanzkreise, noch durch die einer ententistischen habsburgischen Sippe, die als Hehrgan die „Agence centrale" in der Schweiz geschaffen hat. Die Unterhändler Deutsch-Österreichs sind fest entschlossen, auch gegenüber äußeren Einwirkungen unbedingt am Selbstbestimmungsrecht festzuhalten. Daß das Kabinett Clemenceau wütendster Gegner des Anschlußgedankens ist, dürfte bekannt sein, ebenso bekannt aber auch, daß Clemenceau und seine Helfershelfer alle Mittel aufbieten werden, um den Anschluß zu hintertreiben. So begrüßt der Auguste Gauvin in einem Artikel des „Journal des Debats" die Österreicher in einer überaus gehässigen Weise. Es mag hervorgehoben werden, daß auch Gauvin einer der Hauptmitarbeiter der „Agence centrale" ist.

Am letzten Sonntag haben die Deutsch-Österreicher auch in Berlin ein ergreifendes Treuegelöbnis abgelegt, bei dem unter anderen Ludo Hartmann, der österreichische Gesandte, wiederum für den Anschluß eintrat. Im Namen der Reichsregierung stellte sich auch Ministerpräsident Scheidemann auf den gleichen Standpunkt, indem er das Wort ausrief: „Deutsche gehören zu Deutschen!" Reichspräsident Ebert gedachte in seiner Ansprache besonders der dreieinhalb Millionen Deutschen in Nordböhmen und in den anderen Sudetenländern, ferner der Deutsch-Tiroler, denen ebenfalls Gefahr droht. Wir wissen, daß wir materielle Vorteile von Deutsch-Österreich zurzeit nicht zu erwarten haben. Die Hoffnung auf Erfüllung solcher Wünsche wird auch Deutsch-Österreich nicht hegen. Wenn aber jetzt in Deutsch-Österreich der Anschlußgedanke immer mächtiger wird, so aus dem Grunde, weil wir ohne einander nicht mehr leben können. Wir bringen als Hochzeitsgut zur Berge von Schulden mit. Aber die Anschlußfrage ist keine Frage finanzieller Zweckmäßigkeit, sondern die einer geschichtlichen Notwendigkeit.

Die Friedensverhandlungen.

Die Vorbereitungen der deutschen Antwort.

Die Minister Dernburg und Wissell sind gemeinsam mit dem Unterstaatssekretär Loepser am Sonntag abend von Spa abgereist und wurden am Montag nachmittag in Berlin zurückerwartet. Als Zweck ihrer Reise wird von amtlicher Seite bezeichnet, daß sie diejenigen Teile der deutschen Antwortnote, die bisher vom Kabinett durchberaten worden sind, vor ihrer endgültigen Festlegung mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau besprechen sollten, so daß sie vielleicht schon am Montag endgültig das Kabinett passieren könnten.

Was einzelne ausländische Zeitungen über den Inhalt der deutschen Gegenvorschläge mitteilen, ist reine Kombination. Die deutsche Regierung hat, wie bereits bekannt, fünf Unterausschüsse eingesetzt, um die einzelnen Bedingungen unserer Gegner zu prüfen und Gegenvorschläge zu machen. Eine einheitliche Antwort aber ist daraus bisher noch nicht fertiggestellt. Es ist im Augenblick überhaupt zweifelhaft, ob die Arbeiten so beschleunigt werden können, um am Donnerstag unsere Antwort bereits einreichen zu können. Neben dem Grafen Monteglas und dem Prof. Hans Delbrück ist auch Professor Max Weber nach Versailles gereist, um die deutsche Delegation in den Besprechungen über die Schuldfrage zu unterstützen.

Inzwischen ist von unserer Versailler Delegation eine Reihe von größeren Noten ausgearbeitet, deren technische Behandlung so gedacht ist, daß sie bestimmte Teile unserer Gegenvorschläge vorweg behandeln. Eine längere Note, der noch die Zustimmung des Kabinetts fehlt, spricht über die Behandlung der territorialen Fragen im Osten, eine weitere über Elsaß-Lothringen und die besetzten Gebiete, eine dritte über die Rechtsgründe und den Umfang der feindlichen Schadenersatzansprüche, eine vierte endlich über das deutsche Privateigentum im feindlichen Auslande. Dazu ist noch eine Replik auf Clemenceaus Antwort in Sachen des internationalen Arbeiterrechts in Vorbereitung.

Graf Rantzau, Landsberg und Giesberts wieder in Versailles.

Graf Brockdorff-Rantzau und die Mitglieder der Delegation, welche sich am Sonnabend nach Spa begeben hatten, sind Montag mittag 12½ Uhr in Versailles wieder eingetroffen; ferner trafen ein: Direktor Wassermann von der Deutschen Bank als Sachverständiger für die Finanzfragen, Generaldirektor Ott als Sachverständiger für die Binnenschiffahrtsfragen. Reichsminister Giesbert und Landsberg sind bereits vormittags aus Deutschland hierher zurückgekehrt.

Einigkeit der deutschen Friedensdelegierten.

Der Berichterstatter des „Berliner Lokal-Anzeiger" berichtet aus Versailles, entgegen der Behauptung der französischen Presse, daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der deutschen Delegation über die Frage der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung der Bedingungen bestehen, daß alle fünf Delegierten entschlossen sind und

Neueste Nachrichten.

Die Uebergabe der Gegenvorschläge.

Berlin, 20. Mai. (Priv.-Telegr.) Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten. Zur Beratung stand wieder die Friedensfrage. Der gesamte Komplex der deutschen Gegenvorschläge, die einen Gegenentwurf gleichkommen, ist von der Regierung aufgestellt und bereits gestern nach der Sitzung an die deutsche Delegation nach Versailles übersandt worden. Wenn, was anzunehmen ist, die deutsche Delegation in Versailles der Regierung in Berlin keine Abänderungsvorschläge machen wird, dann werden die Vorschläge am Donnerstag den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, durch die Vermittlung des Chefs Henry an Clemenceau überreicht werden.

Freitag den 23. Mai wird dann der kritische Tag sein, wo wir hören können, ob Aussicht besteht, daß der Friedensvertrag geändert wird. Man ist im Augenblick nicht klar, wie sich die Feinde hierzu stellen. Man rechnet in Berlin und Versailles durchaus mit der Möglichkeit, daß die Alliierten die deutschen Gegenvorschläge doch nicht genügend berücksichtigen und daß dann die Verhandlungen ein rasches Ende finden. Das Reichskabinett hat sich in der letzten Sitzung dahin geeinigt, daß in diesem Falle die Unterzeichnung der Friedensbedingungen verweigert werden wird. Zwischen der deutschen Delegation und dem Kabinett herrscht vollständige Übereinstimmung.

Den Fraktionsführern ist der Inhalt der deutschen Gegenvorschläge in einer vertraulichen Besprechung bekannt gegeben worden und hofft man, daß man diesen Entwurf nach der Überreichung am Donnerstag abend der Presse zur Verfügung stellen kann.

Berlin, 20. Mai. (Priv.-Telegr.) Die Übergabe der deutschen Gegenvorschläge kann am Donnerstag noch nicht erfolgen, da die Alliierten gleichzeitig die Schriftstücke in französischer Sprache fordern. An der Übersetzung wird noch gearbeitet.

Berlin, 20. Mai. (Priv.-Telegr.) Gerüchte besagen, daß Ministerpräsident Scheidemann Graf Brockdorff-Rantzau ersetzen, nach anderen Nachrichten wenigstens an den Verhandlungen in Versailles teilnehmen soll. Diese Meldungen sind, wie uns von informierter Seite mitgeteilt wird, glatt erfunden.

Unannehmbar.

Versailles, 20. Mai. (Priv.-Tel.) Bei den am Sonntag in Spa zwischen Dr. Dernburg, Graf Brockdorff-Rantzau, Wissell und Südekum und den Finanz- und Wirtschaftssachverständigen aus Versailles und Berlin stattgehabten Besprechungen wurde übereinstimmend beschlossen, daß der Friedensvertrag in der jetzigen Form unannehmbar ist. Man hofft, daß durch Verhandlungen ein dauerader Friede der Gerechtigkeit geschlossen werden kann.

Neutrale Zone in Norddeutschland?

Bern, 20. Mai. Der „Temps" veröffentlicht folgende Mitteilung: Außer den Vorschriften, die über Schleswig bereits veröffentlicht worden sind, glauben wir zu wissen, daß der Vertrag noch die Schaffung einer neutralen Zone vorsieht, die sich von nördlich Glensburg bis südlich Hamburg und von Osten nach Westen in einer Linie erstreckt, die von Stettin bis westlich Hamburg reicht. In dieser ganzen Zone muß sich Deutschland ungefähr die gleichen Beschränkungen gefallen lassen, wie sie auf dem linken Rheinufer zu beobachten sind. Es darf weder Festungen errichten, noch Garnisonen halten. Aus dieser Klausel geht auch hervor, daß die Häfen von Stettin und Hamburg beide in diese neutrale Zone einbegriffen sind.

Balfour amtsmüde?

Versailles, 20. Mai. (Priv.-Telegr.) Aus London wird gemeldet, daß Minister Balfour die Absicht habe, nach Friedensschluß zurücktreten.

„Revanche".

Paris, 20. Mai. (Priv.-Telegr.) Die Alliierten haben die Antwort auf die Note des Grafen Brockdorff-Rantzau bezüglich des Wiederaufbaues, der Entschädigungen usw. beantwortet und führen aus, daß die Deutschen 1870/71, obwohl Napoleon III. abgedankt habe, die Franzosen für den Krieg und seine Folgen verantwortlich machten. Ebenso sei bei den Friedensabschlüssen von Brest-Litowsk und Bukarest verfahren worden.

Neue Kämpfe in Kurland.

Libau, 20. Mai. (Priv.-Telegr.) Mit dem Eintritt der warmen Tage haben die Sowjettruppen ihre Operationen gegen das Baltikum wieder aufgenommen. Am Dienstag haben die Kämpfe auf der ganzen Linie wieder eingesetzt.

Blutiger Kampf bei Smyrna.

Konstantinopel, 20. Mai. (Havas.) Als die griechischen Truppen Sonntag abend früh bei Smyrna landeten, wurden sie mit Gewehrfeuer aus dem türkischen Lager empfangen; an Toten zählt man 300 Türken und 100 Griechen. Die griechische Bevölkerung nimmt eine feindselige Haltung an; die Türken haben Massenkundgebungen veranstaltet. Die Lage gilt als außerordentlich schwierig.

bleiben, den Vertrag, wenn er nicht in wesentlichen, den verbündeten Mächten durch Noten bereits bekannt gegebenen oder noch bekannt zu gebenden Punkten geändert werde, nicht zu unterzeichnen, und daß auch alle Sachverständigen ohne Ausnahme ihre Ämter niederlegen und jede Verantwortung ablehnen würden, wenn etwa andere Delegierte sich finden sollten, die bereit wären, zu unterzeichnen.

Reichswehrminister Noske über den Friedensvertrag.

Der Berliner Korrespondent des „Temps" hatte bei zufälliger Begegnung eine Unterredung mit Noske, der erklärte, wenn Europa nicht fortgesetzt beunruhigt sein solle, müsse man Deutschland eine größere Anzahl Truppen zugestehen, als der Friedensentwurf vorsehe. Diesen Standpunkt hätten auch amerikanische Offiziere vertreten, denen er jüngst Aufschluß über die augenblickliche Truppenstärke Deutschlands gegeben habe. Was jetzt Deutschland zugebilligt worden sei, seien zwei Drittel dieses auch von den Amerikanern anerkannten Minimums. Auf die allgemeinen Friedensbedingungen übergehend, sagte er: Wenn man einem Industriestaat seine wesentlichen Produktionszentren wegnimmt, macht man ihm das Leben unmöglich und er muß über kurz oder lang zugrunde gehen. Man könne einem Volke nicht zumuten, Bedingungen zu erfüllen, durch die es vernichtet werde. Noske sieht einen Ausweg nur darin, daß alle Nationen sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigen und ein gegenseitiges, genau festgesetztes gemeinsames Arbeitsprogramm feststellen. Dann könne auch die deutsche Industrie arbeiten und Deutschland sei in der Lage, Nordfrankreich wieder aufzurichten.

Ministerkonferenz beim ostpreußischen Provinzialrat.

Sonntag vormittag fand in Königsberg zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten Hirsch, den Ministern Braun und Heine einerseits und den Mitgliedern des ostpreußischen Provinzialrates, sowie dem Oberpräsidenten v. Batocki andererseits eine wichtige Konferenz statt, in der u. a. die allgemeine Volksstimmung der Provinz über die unmenschlichen Friedensbedingungen der Entente besprochen wurde, in der zum Ausdruck kam, daß der größte Teil der Arbeiterschaft Ostpreußens hinter der Regierung stehe.

Neue Geheimsitzung des Friedensausschusses.

Der Friedensausschuß der Nationalversammlung ist für Montag nachmittag 6 Uhr zur Entgegennahme besonders vertraulicher Mitteilungen eingeladen worden. Die Einladung erfolgte, wie wir hören, nicht durch den Präsidenten des Ausschusses, sondern durch die Reichsregierung. Zuhörer aus den Kreisen der Abgeordneten sind wieder nicht zugelassen. Es handelt sich offenbar um die Vorlegung und Durchberatung der deutschen Gegenvorschläge, die am nächsten Donnerstag von der deutschen Delegation in Versailles überreicht werden sollen.

Der Papst für Milderung der Friedensbedingungen.

Wie die „Schlesische Volkszeitung" erfährt, hat der Fürstbischof von Breslau auf seine Bitte an den Papst um dessen Intervention für Milderung der Friedensbedingungen durch den Nuntius in München die offizielle Mitteilung erhalten, daß der Papst bereits in dieser Richtung tätig sei.

Auch Italiener sollen Deutschland besetzen helfen.

Wie die Baseler Blätter berichten, kehrt General Diaz, der italienische Generalissimus, am Montag von Pariser Kriegsrat ins Hauptquartier zurück. Es sind militärische Maßnahmen der italienischen Heeresleitung in Aussicht, welche eine Teilnahme an der voraussichtlichen Besetzung Deutschlands als wahrscheinlich erscheinen lassen.

Wilsons Botschaft an den Kongreß.

„Matin" meldet aus New York: Die Sondersession des Kongresses, die den Friedensvertrag erörtern soll, trat heute zusammen. Die Botschaft Wilsons wurde Sonnabend von Paris ins Weiße Haus gekabelt und wird voraussichtlich morgen im Kongreß verlesen werden, nachdem dieser seine innere Organisation ergänzt haben wird. Die Botschaft enthält ungefähr 4000—5000 Worte. Über den Inhalt ist nichts weiter bekannt, als daß sie die Aufmerksamkeit des Kongresses auf folgende Fragen lenken will: Regelung der Frage der amerikanischen Handelsmarine, Annahme des allgemeinen Wahlrechts, Annahme des Militär- und Flottenprogramms und Annahme geeigneter Maßnahmen zur Verstärkung des Prohibitionsgesetzes.

Der Streit zwischen Foch und Petain.

In einem Genfer Bericht des „Berner Tagblatts" heißt es: Die Meldung über den Streit des Marschalls Foch mit Marschall Petain und dessen Demission wird hier in vollem Umfange aufrechterhalten. Über den Standpunkt Petains wird an kompetenter Stelle folgendes mitgeteilt: Gegenwärtig stehen in Frankreich etwa eine halbe Million weißer Truppen unter den Waffen. Es sind dies die Jahrgänge 1907 bis 1918, die während des Krieges, mit Ausnahme des letzteren, die meisten Verluste erlitten haben, teilweise bis zu 80 v. H., außerdem noch einige hunderttausend farbiger Truppen. Um Deutschland wirkungsvoll zu besetzen, muß von Frankreich eine Armee von 1 Million Mann gestellt werden. Bei der heutigen Stimmung, besonders unter den Arbeitern, dürfte keine Regierung nach Ansicht Petains es wagen, der kapitalistischen Forderung des Friedensvertrages wegen zu mobilisieren.

*

Auch die österreichischen Staaten müssen abrüsten.

„Corr. della Sera" zufolge hat Italien im Rat der Sieger es durchgesetzt, daß die Abrüstungsbestimmungen nicht nur Deutschland gegenüber Platz greifen, sondern für alle früheren Staaten Österreich-Ungarns Geltung haben sollen. Clemenceau vertrat den Standpunkt, daß die Abrüstung nur für Deutsch-Österreich in Frage kommen könne, doch drang schließlich der italienische Standpunkt durch. Polen wird nicht zu den der Abrüstung unterworfenen Staaten gerechnet. Abrüsten sollen nur Deutschland, Österreich, Ungarn, die Tschech-Slowakei und Südslawien.

Die Türkei soll aufgeteilt werden.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald" hält es für möglich, daß es überhaupt keinen Vertrag mit der Türkei geben wird. Man erwäge dies ernsthaft in Konferenzkreisen mit der Begründung, daß die Türkei als Staatswesen nicht mehr existiere und nur noch die Erbschaft des früheren Osmanischen Reiches anzutreten sei. „New York Herald" erklärt, daß der größte Teil der europäischen Türkei Griechenland gegeben werden solle. Konstantinopel mit Hinterland fällt mit dem Mandat der Vereinten Staaten an die Liga der Nationen. Für Armenien erhalten die Staaten gleichfalls ein Mandat für einen bestimmten Zeitpunkt, bis Armenien sich selbst regieren kann. Kleinasien wird voraussichtlich Griechenland teilweise gegeben werden. Frankreich und Italien sollen die übrigen Teile verwalten. England nimmt eine große Einflußzone in Mesopotamien, ferner Syrien. Diese dem „Herald" gemachte Verteilung der Mandate scheint jedoch nicht endgültig zu sein, da aus Zensurlücken einiger Blätter hervorgeht, daß besonders die Abgrenzung der italienischen und griechischen Mandatszone noch nicht endgültig feststeht und anderseits Frankreich die Vergrößerung seiner Mandatszone in Syrien durchzuführen bestrebt.

Politische Übersicht.

Streik der Arbeiter am Suezkanal.

Rotterdam, 20. Mai. „Times" meldet, daß der Suezkanal-Streik sich immer mehr ausdehnt. In Port Said haben alle Hafenarbeiter die Arbeit niedergelegt. In Suez droht der Ausstand der Arbeiter in den elektrischen Lichtzentralen und Eisfabriken. Angeblich verfolgt die ganze Bewegung nur wirtschaftliche und nicht politische Ziele.

Deutschland.

Regierungstruppen in Eisenach.

Eisenach, 19. Mai. Truppen des Freiwilligen Landesjägerkorps unter Führung des Generalmajors Maerder sind heute früh ½2 Uhr, von Leipzig kommend, hier eingerückt. Als erster traf der Panzerzug des Leutnants Maetschke ein, dessen Mannschaft den Hauptbahnhof und die wichtigsten öffentlichen Gebäude besetzte. Sieben Führer der hiesigen Spartakisten wurden in ihren Wohnungen verhaftet, ohne daß Widerstand geleistet wurde. Später trafen Panzerautomobile, Infanterie und Maschinengewehre sowie Kavallerie, Artillerie und Minenwerfer ein. Die Flieger warfen einen Befehl des Generalmajors Maerder ab, wonach über Eisenach und die Ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190521-16/fragment/page=0001

meinde Ruhla der Belagerungszustand verhängt wird. Die Stadt ist ruhig.

Wie uns ein weiteres Telegramm meldet, sind die Truppen kampflos eingerückt. Sie besetzten das Schloß und entfernten dessen rote Fahne.

Wie wir hören, wird General Maercker nach Leipzig zurückkehren. Er wird während seiner kurzen Abwesenheit durch Generalleutnant Frhr. v. Oldershausen vertreten.

Provinz und Umgegend.

† **Magdeburg,** 19. Mai. Die im Verband der Metallindustriellen zusammengeschlossenen sämtlichen Firmen der Magdeburger Großindustrie verweisen in einer Eingabe an den Magistrat auf die äußerst weitgehenden und gänzlich unerfüllbaren Forderungen des Metallarbeiterverbandes in bezug auf Lohnerhöhung und Urlaubszeit. Die Bewilligung würde in ganz kurzer Zeit den völligen Ruin der Magdeburger Metallindustrie herbeiführen. Der Verband der Metallindustriellen verweist darauf, daß gegenwärtig noch durch das Vorausarbeiten eine gewisse Beschäftigung geschaffen würde, die aber bald wegfallen müsse. Er bitte den Magistrat, mit seinem Einfluß dahin zu wirken, daß die neuen Arbeiterforderungen zurückgezogen werden. Sollte die Forderung dennoch aufrecht erhalten bleiben, so würden sich die meisten Werke der Magdeburger Großindustriellen gezwungen sehen, ihre Betriebe zu schließen.

† **Creuzburg a. d. Werra,** 19. Mai. Eine bewaffnete Bande von 20 bis 30 Köpfen, die mit Handgranaten und Schußwaffen ausgerüstet war, erschien nachts in dem untersten Hofe des Gutsbezirks Volterode an der Straße Creuzburg—Treffurt und drang dort gewaltsam in das Innere der Wohngebäude und Stallungen ein. Die Bewohner mußten, wie der „Thür. Allg. Ztg." geschrieben wird, in den Betten liegen bleiben, da sie für den Fall ihres Widerstandes mit dem Leben bedroht wurden. Die Einbrecher raubten dann das gesamte Vieh und nahmen die sämtlichen Lebensmittel weg. Woher sie gekommen sind, konnte noch nicht festgestellt werden. Die geplünderten Besitzer haben schweren Schaden erlitten.

† **Lobenstein,** 20. Mai. Eine Warnung für Spaßvögel! Der Bäckerlehrling Oskar Höfer in Ebersdorf hatte eine Verlobungsanzeige, die nicht ihn, sondern andere Personen in Ebersdorf betraf, geschrieben und in eine Zeitung einrücken lassen. Er will sich nur einen Spaß gemacht haben und sich der Strafbarkeit seiner Handlung nicht bewußt gewesen sein. Die Strafkammer in Gera war anderer Ansicht und verurteilte den Spaßvogel zu drei Tagen Gefängnis.

*

Das Ende des Bezirks-Bergarbeiterrats beim Oberbergamt Halle.

Halle, 19. Mai. Seit Ende Januar, wo die Unabhängigen glaubten, durch Gewaltmaßnahmen die Sozialisierung des mitteldeutschen Bergbaus durchführen zu können, übte in dem Gebäude des staatlichen Oberbergamtes Halle ein von dem Bezirksarbeiter- und Soldatenrat in Merseburg eingesetzter Bezirksbergarbeiterrat eine Aufsicht über die Dienstgeschäfte des Oberbergamts aus. Der Bezirksbergarbeiterrat mißbrauchte seine Tätigkeit am Oberbergamt, indem er unter der Bezeichnung Bezirks-Bergarbeiterrat beim Oberbergamt Halle Bekanntmachungen veröffentlichte, die mit den Maßnahmen der Regierung im Widerspruch standen. Zurzeit des Generalstreiks in Mitteldeutschland wirkte der Bezirksbergarbeiterrat als Streikkomitee für die Bergarbeiter. Den Haupteinfluß hatte darin der unabhängige Sozialdemokrat Steiger Peters, der seinerzeit die Bergleute über die Stellung der Regierung zu ihren Forderungen, z. B. hinsichtlich der Betriebsräte, irreführte, um den Streik in Szene zu setzen. Er wurde später, weil er den Direktor der Halleschen Kaliwerke A.-G. in Schlettau durch Androhung von Gewalt zur Unterschrift auf Lohnforderungen der Belegschaft gezwungen hatte, von der Strafkammer in Halle zu 9 Monaten Gefängnis verurteilt. In jüngster Zeit wurde die politische Agitation gegen die bestehende Regierung, die der Bezirksbergarbeiterrat von seiner amtlichen Stelle aus trieb, immer hetzerischer. Mit Bezug auf die Regierung erließ er an die Bergarbeiter Aufrufe: „Rüstet zu neuen Schlägen. Der Tag der Abrechnung mit Euren Feinden ist nicht mehr fern. Schändliche Maßnahmen hat die Regierung getroffen, um die revolutionäre Bewegung der Arbeiter zu ersticken usw." Und weiter forderte er zur Sammlung eines Kampffonds mit dem Endzweck: Sturz der Regierung auf. Diese Bekanntmachungen veranlaßten jetzt den Handelsminister, durch telegraphischen Erlaß gegen die Tätigkeit des Bezirksbergarbeiterrates einzuschreiten. Dem Bezirksbergarbeiterrat wurde seine Tätigkeit beim Oberbergamt Halle untersagt. Die Zahlung seiner Bezüge, die bisher aus der Kasse des Oberbergamts geleistet wurde, ist gleichfalls aufgehoben. Den Zusatz „beim Oberbergamt Halle" darf er künftig nicht mehr führen.

Merseburg und Umgegend.

20. Mai.

** **800 000 Pfund Lebertran für Deutschland.** Wie schon mitgeteilt, ist dem Reichsausschuß für pflanzliche und tierische Öle und Fette die Möglichkeit gegeben, 400 000 Kilogramm Medizinallebertran in Norwegen zu erwerben und nach Deutschland auszuführen. Die Verteilung der 400 000 Kilogramm Tran soll sofort nach Ankunft durch Vermittelung der Apotheken und Drogenhandlungen an die unterernährten Kinder sowie kranke und sieche Frauen und Männer zum Selbstkostenpreise erfolgen. Fürsorgestellen und Heilstätten für skrophulöse und tuberkulöse Kinder, ferner Krankenhäuser, Kliniken, Lungenheilstätten, Siechen- und Altersheime sollen bevorzugt beliefert werden. Die Bestimmung, daß Lebertran nur gegen ärztliche Verordnung abgegeben werden darf, ist vom Reichsgesundheitsamt aufgehoben worden. Der Verkaufspreis ist auf 8,50 *M* für das Pfund festgesetzt.

** **Beschränkung des Fremdenverkehrs in Thüringen.** Vom Thüringer Ernährungsamt ist eine Verordnung in Aussicht genommen, nach der mit Rücksicht auf die Ernährungsschwierigkeiten der Aufenthalt, die Beherbergung und der Zuzug ortsfremder Personen in Heilbädern, Kurorten und Erholungsplätzen, sowie in Gemeinden, die weniger als 6000 Einwohner zählen, grundsätzlich untersagt wird. Ausnahmen sind zu ersehen aus der Verordnung selbst, die in Kürze veröffentlicht wird.

** **Eine häßliche Szene** spielte sich am Montag abend auf dem Wege, der von der Weißenfelser Straße am Friedhof entlang nach der Blumenthalstraße führt, ab. Hier stieß und schlug ein in den jüngeren Jahren stehender Ehemann seine bessere Hälfte, wodurch ein größerer Menschenauflauf hervorgerufen wurde. Der Grund zu diesem Auftritt soll in Familienzwistigkeiten zu suchen sein.

** **Eingebrochen** wurde in der vergangenen Nacht bei Kaufmann Sieber in der Halleschen Straße. Den Dieben fielen Damenkleiderstoffe, 3000 Zigaren, Brot und Lebensmittel in die Hände.

** **Der Kaninchenzüchterverein Merseburg u. Umgegend** war am letzten Freitag zu einer außerordentlichen Mitgliederversammlung zusammen gekommen. Der Vereinsvorsitzende Feuersozietätssekretär Bechmann begrüßte zunächst den zu einem Vortrag über Kaninchenzucht und Fellverwertung erschienenen stellv. Vorsitzenden der Kaninchenzuchtvereine der Provinz Sachsen, Herrn Friedrich Weber, Halle a. S. und die erschienenen Mitglieder. Alsdann wurden einige Vereinsangelegenheiten, wie Verkauf eines Kaninchenstalles, Regelung der Feldverpachtung, erledigt. Außerdem bewilligte die Versammlung zu der am 7.—9. Juni vom Kaninchenzuchtverein Ammendorf zu veranstaltenden allgemeinen Kaninchenschau einen Ehrenpreis in Höhe von 15 *M*. Sodann wurde dem Referenten das Wort erteilt. Herr Weber begrüßte zunächst die gut besuchte Versammlung und brachte vor allem darüber seine Freude zum Ausdruck, daß hier in Merseburg das Interesse für die Kaninchenzucht unter den organisierten Züchtern als ganz besonders rege zu bezeichnen ist. Dann ging er zu seinen Ausführungen über. Das Thema „Kaninchenzucht" behandelte er nur allgemein mit der Begründung, daß ja die Zucht selbst den organisierten Züchtern zur Genüge bekannt ist. Redner führte unter anderem aus, wie die Kaninchenzucht in unserem Vaterlande aus mühseligen Anfängen heraus erst zu der heutigen Höhe gelangt ist. Der eigentliche Beginn zu der planmäßigen Zucht fällt in die Zeit kurz nach dem Kriege 1870/71. Vor dieser Zeit wurde die Zucht, vielmehr Kaninchenhaltung in Deutschland nur ziel- und planlos betrieben. Der Erfolg war der, daß unser deutsches Hauskaninchen immer kleiner und unansehnlicher wurde. Unsere damals aus dem Feldzuge heimkehrenden Krieger hatten aus Frankreich, wo seinerzeit schon die Kaninchenzucht einen hohen volkswirtschaftlichen Wert hatte und in keinem Hause ein Kaninchenstall fehlte, gut gezüchtete Rassetiere mitgebracht. Mit diesen Tieren begann nun die Zucht in Deutschland mit wahrem Feuereifer und verbreitete sich auch sehr schnell. Aber wie mit allem neuen, so auch hier. Nach dem ersten Aufflackern flaute das Interesse sehr schnell ab und die Zucht ging wieder zurück. Erst die unermüdliche Arbeit einzelner Kämpen brachte in den 90er Jahren aus den vorhandenen Trümmern die Rassezucht wieder in Gang und zwar damals mehr aus Liebhaberei. Nach und nach fand sie auch mehr Anhänger, die s. Zt. schon den nicht zu unterschätzenden wirtschaftlichen Wert der Kaninchenzucht, vor allem als billiger Fleischlieferant und guter Verwerter der Abfälle für den eigenen Haushalt erkannt hatten. Noch kurz vor dem Weltkriege hatten die Kaninchenzüchter hart zu kämpfen. Allgemein wurden ihre Bestrebungen nur mit einem Lächeln begegnet. Erst die lange Kriegsdauer und die hierdurch hervorgerufene sich jetzt immer mehr fühlbar machende Fleischnot hat die Wertschätzung des Kaninchens und seine Zucht allgemein bedeutend gehoben und auf die heutige Höhe gebracht. Dies zu erhalten und die Rassezucht weiter auszubauen ist nun die vornehmste Aufgabe jedes einzelnen Züchters wie auch der Zuchtvereine. Denn in der Zucht rassereiner Tiere liegt erst der richtige Erfolg. Der Rassezüchter wird durch das Gefallen an den edlen Tieren immer wieder von neuem zu unermüdlicher Arbeit angeregt zum Besten seines Säckels und auch der eigenen Küche. Er wird von jedem Wurf Jungtiere die Besten wieder der Zucht zuführen und preiswert verkaufen können und die übrigen seinem eigenen Haushalt nutzbar machen. Hierin liegt auch die Rentabilität der Rassekaninchenzucht. Auch ein nicht zu unterschätzender Vorteil der Rassezucht ist die gute Fellpflege. Wir sind durch unsere augenblicklich sehr schlechte Valuta auf lange Jahre hinaus gezwungen, das erforderliche Pelzwerk selbst zu produzieren. Und daß dies durch unsere Kaninchenzucht möglich ist, hat die lange Kriegsdauer zur Genüge gezeigt. Welche herrlichen Pelzsachen fertigen unsere Kürschner aus Kaninchenfellen an, teils naturfarben, teils gefärbt oder geschoren und elektrisch behandelt. Die schönsten Imitationen sind von echtem ausländischen Pelzwerk kaum zu unterscheiden. Der einzelne Züchter hat ja schon früher für seinen eigenen Bedarf seine auffallenden Felle entweder als Pelzwerk oder Schuhleder verwandt. Damit aber sämtliche Felle dem Handel und der Allgemeinheit zugeführt werden, hat der Verband der Kaninchenzüchtervereine der Provinz Sachsen die Fellverwertungsgenossenschaft Sachsen-Anhalt gegründet. Zweck der Genossenschaft ist es, den überaus großen Gewinn im Fellzwischenhandel den Erzeugern selbst zukommen zu lassen. Schon vor dem Kriege hatten die zusammengeschlossenen Kaninchenzüchter angestrebt, die Verwertung ihrer erzeugten Felle selbst in die Hand zu nehmen, doch wurden diese Bestrebungen durch die erfolgte Beschlagnahme der Felle unterbunden. Die Kriegsfellaktiengesellschaft war mit ihren Millionenumsätzen ein weiterer Beweis für die Gewinnmöglichkeit, die aus dem Nebenerzeugnis „Fell" zu erzielen ist. Nach Auflösung der Kriegsfellaktiengesellschaft und Aufhebung der Fellbeschlagnahme infolge der Demobilmachung haben nun die organisierten Züchter den vorerwähnten Weg selbst beschritten. Redner erläuterte dann noch eingehend die einzelnen Einrichtungen der Genossenschaft und lud am Schlusse seines Vortrages die Versammlung zum Beitritt ein. Mehrere Anmeldungen konnte er aus der Versammlung heraus sofort entgegen nehmen. Die übrigen Anmeldungen werden geschlossen durch den Vereinsvorstand der Genossenschaft zugehen. Der Vereinsvorsitzende dankte dem Referenten für seinen interessanten Vortrag und konnte nach einer lebhaften Aussprache mit dem Bewußtsein, daß jeder Besucher befriedigt von dem Gehörten das Versammlungslokal verließ, die Versammlung schließen. Nächste Monatsversammlung am 14. Juni d. J.

** **Lustiger Abend im Tivoli.** Wie nicht anders zu erwarten war, hat der Vorverkauf zu dem „Lustigen Abend" von Curt Wilcke, dem beliebten Mitgliede des Halleschen Stadttheaters, kräftig eingesetzt. Der Künstler hat ein köstliches Programm zusammengestellt, so daß die Zuhörer nicht aus lachender Fröhlichkeit herauskommen werden. (Siehe heutige Anzeige.)

** **Zirkus Adolf Maine** gibt seit Sonnabend abend alltäglich auf dem Rulandtsplatz Vorstellungen, die sich eines regen Zuspruchs seitens des hiesigen Publikums erfreuen, so daß der Zirkus immer bis auf den letzten Platz besetzt ist. Die Leistungen der auftretenden Künstlerinnen und Künstler sind aber auch hervorragend und das von Frau Direktor Maine vorgeführte Pferdematerial macht einen guten, sauberen Eindruck und legt Zeugnis von guter Dressur ab. In dem umfang- und sehr abwechslungsreichen Programm treten auf: Luft- und Parterregymnastiker; 4 moderne Schleuderbrettakrobaten (die wirklich Tüchtiges leisten); Hermano, der moderne Kraftmensch, den zu sehen sich schon seiner enormen Muskulatur wegen lohnt, u. v. a. Ganz besonderes Interesse erweckt Frank-Ostens Sensationsakt. Nachdem der Künstler zuerst mit schweren Gewichten wie mit Bällen, die er nach Belieben mit den Händen, den Oberarmen oder dem Genick auffängt, hantiert hat, fängt er zum Schluß eine aus einem Geschütz abgefeuerte Granate zur größten Verwunderung der Zuschauer mit den Händen auf. Das Publikum, durch sämtliche Darbietungen dauernd in Spannung gehalten, belohnt die Künstler durch lebhaften Applaus für ihre Leistungen. Damit aber auch der Humor zu seinem Rechte kommt, sorgen eine Anzahl Clowns und der Zwergaugust Jens mit ihren urwüchsigen Scherzen und Späßen dafür, daß die Lachmuskeln der Zuschauer dauernd in Tätigkeit sind. Der Zirkus ist bequem eingerichtet, hat eigene elektrische Anlage, eine Musikkapelle spielt während der Vorführungen sowie während der Pausen ihre lustigen Weisen, und in Anbetracht der wirklich tüchtigen und hervorragenden Vorführungen kann der Besuch des Zirkus Maine nur bestens empfohlen werden.

*

Wir unterzeichnen nicht!

Immer lauter, immer einstimmiger tönt dieser Ruf aus ganz Deutschland, von der äußersten Rechten bis zu der Sozialdemokratie; nur die Unabhängigen — auch sie nur dort, wo sie sich nicht durch die Volksstimmung der unmittelbar bedrohten Gebiete zu einer anderen Taktik veranlaßt sehen — treten für die Unterzeichnung des Schmachfriedens ein, angeblich seine Korrektur durch die kommende Weltrevolution erhoffend. Regierung und Volk sind völlig einig. Was Reichspräsident Ebert am vergangenen Sonntag in Berlin zweimal ausgesprochen hat: „Diesen Knebelungsfrieden werden wir nie und nimmer unterzeichnen", „Wir lehnen diese Bedingungen ab, mag kommen, was da kommen mag", das ist der einstimmige Ruf, der von überall her, aus allen Schichten und Richtungen des deutschen Volkes überwältigend ertönt.

*

In der Sitzung des Hauptvorstandes der Deutschen demokratischen Partei, der am 18. Mai in Berlin zu einer Tagung versammelt war, wurde eine Entschließung einstimmig angenommen, in der es heißt:

Der Hauptvorstand der Deutschen demokratischen Partei erklärt einmütig seine Übereinstimmung mit dem Unannehmbar, das die Fraktion in der Nationalversammlung und die Regierung gegenüber dem Friedensentwurf unserer Feinde ausgesprochen haben. Der Hauptvorstand billigt, daß die deutsche Friedensdelegation durch Gegenvorschläge auf Grund des Wilson-Programms bemüht ist, einen annehmbaren Frieden zu erzielen.

Protestkundgebungen in Weißenfels.

Die demokratische Partei, Ortsverein Weißenfels, hielt Montag abend im großen Saale des „Goldenen Hirsch" eine Protestversammlung gegen den uns zugedachten Gewaltfrieden ab. Eine nach vielen Hunderten zählende Menge füllte den Saal. Als Redner waren gekommen Seminarlehrer Koerlin und Frl. Barow, beide aus Merseburg. Der erste Redner ging die Friedensbedingungen durch und charakterisierte sie unter dem entrüsteten Beifall der Zuhörer als unerfüllbar und unannehmbar. Frl. Barow beleuchtete die Schuldfrage und erweckte in den Herzen der aufmerksamen Zuhörer tiefen Eindruck mit der Feststellung, daß wir Menschen nur vor Gott unsere Schuld zu bekennen haben und unsere Gegner ebenso an dem Kriege reiche Schuld tragen, wie wir. Einstimmig wurde unter lebhafter Zustimmung eine Resolution angenommen, durch welche die Nationalversammlung ersucht wird, in ihrer Ablehnung der Friedensbedingungen, so wie sie jetzt vorliegen, zu verharren.

*

Aufhebung von Beschränkungen im Eisenbahnverkehr.

Die Einschränkung, daß die gelösten Fahrkarten nur am Tage der Ausgabe zur Fahrt benutzt werden dürfen, sowie daß Fahrkarten „zur Rückfahrt gültig" nicht ausgegeben werden, wird nunmehr, wie wir erfahren, aufgehoben. Die Fahrkarten gelten also wieder, wie in der Eisenbahnverkehrsordnung vorgesehen, vier Tage einschl. des Lösungstages. Doch können die Besitzer solcher an Vortagen gelöster Fahrkarten und von Rückfahr- und Doppelkarten bei starkem Andrang an den Zügen keinen Anspruch auf bevorzugte Beförderung geltend machen.

*

Für unsere Hausfrauen!

(Lebensmittelkalender für Mittwoch den 21. Mai.)

Ausgabe. Roßfleisch bei Hoffmann (Brühl 6) von 2—3 Uhr nachmittags auf die Nr. 2901—3000.

Stadtverordneten-Sitzung.

Merseburg, 19. Mai 1919.

Vom Magistrat sind anwesend Erster Bürgermeister Hertzog, Bürgermeister Dr. Mosebach, Stadträte Barth, Dobkowitz und Teichmann, Stadtbaurat Zollinger und Assessor Schrader, ferner 32 Stadtverordnete.

Stadtv. Tänzer berichtet über die

Rechnung des Bürgerrettungsinstituts von 1916 und 1917.

Entlastung wird erteilt.

Die

Erhöhung der Mieten der städtischen Elektrizitätszähler

(Berichterstatter Stadtv. Mahlo) um 33 Prozent wird genehmigt.

Stadtv. Frauenheim wünscht, daß bei der Erhöhung ein Unterschied gemacht wird zwischen alten Kraftmesserbesitzern und solchen, die sich einen Zähler erst in neuerer Zeit zugelegt haben. Auch stellv. Stadtv.-Vorsteher Daniel kann sich mit der Erhöhung in der Form nicht befreunden. Da eine Trennung in zwei Klassen praktisch nicht gut durchzuführen ist, wird nach weiteren Ausführungen des Stadtbaurats Zollinger, Ersten Bürgermeisters Hertzog und der Stadtv. Mahlo und Boye dem Magistratsbeschluß zugestimmt.

Ausgabezugangsbewilligung von 665 *M* bei der Armenverwaltung für 1918.

Nach den Ausführungen der Berichterstatterin Frau Stadtv. Koenen wird dieser Betrag von einer Erziehungsanstalt für einen hiesigen 15 jährigen Burschen, der längere Zeit in der Anstalt in Fürsorgeerziehung gewesen ist, für Verpflegung und Bekleidung angefordert. Die Referentin ist der Meinung, daß der Verpflegungssatz von 2,50 *M* täglich sehr hoch ist.

Stadtrat Barth bemerkt, daß nach seinen Erfahrungen ein Handeln oder Feilschen um Nachlaß erfolglos sei. Frühere Versuche seien ergebnislos gewesen.

Nach einer längeren Debatte, in der stellv. Stadtv.-Vorsteher Daniel betonte, daß der junge Mann seinen Unterhalt ganz gewiß durch seine Arbeitsleistung verdiente, diese Anstalten in der „Fürsorge" Geschäfte machten und die Stadt die Pflicht habe, sich vor Ausbeutung zu schützen, an der sich noch die Stadtv. Bothe, Fiedler und Koenen beteiligen, bemerkt Erster Bürgermeister Hertzog, daß der Magistrat entsprechende Auskunft einholen wird. Der Betrag wird hierauf bewilligt.

Erhöhung des Mietszuschusses

an die verheirateten Feldwebel und Unteroffiziere des hiesigen Bataillons (Berichterstatter Frau Stadtv. Krieghoff). Den 5 oder 6 verheirateten Unteroffizieren soll der Wohnungsgeldzuschuß, den bisher die Stadt gewährte, vom 1. Januar 1919 um 24 *M* erhöht werden, so daß sich diese Leute dann einschl. des Servises ihres Kommandos auf 291 *M* jährlich stehen.

Stadtv. Koenen fragt, weshalb die in Frage stehenden Unteroffiziere nicht in der Kaserne wohnen.

Stadtrat Barth erwidert, daß die Kaserne so überfüllt sei, daß sogar im Offizierkasino Wohnungen für verheiratete Unteroffiziere eingerichtet wurden.

Stadtv. Koenen führt u. a. aus: Wenn die Sache so liegt, daß die Kaserne überfüllt ist, so muß entgegen gehalten werden, daß andere Truppen einquartiert sind. Dem Antrag können wir daher nicht zustimmen. Wir haben keine Veranlassung, einer Sache Vorschub zu leisten, der zwei junge Volksgenossen von hier geopfert wurden.

Stadtrat Barth teilt zur Aufklärung noch mit, daß die in Frage stehenden Unteroffiziere Angehörige des 153. Regiments sind.

Stadtv. Elze bittet, die Beträge zu bewilligen. Die Leute haben im Kriege ihre Pflicht getan und warten jetzt auf Anstellung.

Nach weiteren Ausführungen der Stadtv. Boye und Elze wird die Erhöhung gegen die Stimmen der Unabhängigen und Mehrheitssozialisten angenommen.

Der Punkt:

Bestellung des Stadtbaumeisters Zimmermann als Wohnungsaufseher

und Einreihung der Stadtbauführer in die Gehaltsklasse der Stadtsekretäre wird der geheimen Sitzung überwiesen.

Anbau an neuen Straßen.

Der Berichterstatter, Stadtv. Elze, begründet ausführlich den Magistratsbeschluß, den wir vor einigen Tagen veröffentlichten, wonach der Gemeindebeschluß vom 28. Januar und 28. Februar 1887 aufgehoben werden soll. Die Versammlung trat dem Beschluß bei.

Über die

Beitragszahlung von 13 050,52 *M* an die Ruhegehaltskasse der Kommunalverbände der Provinz

referiert Stadtv. Eichardt. Die Beiträge sind für die Pensionen der städtischen Beamten abzuführen. Die Eintrittsgelder werden noch festgesetzt werden. Der Betrag wurde bewilligt.

Wohnungsgeldzuschuß an zwei Schulamtsbewerber

(⅓ von dem üblichen Wohnungsgeld von 460 *M* für Verheiratete) und **Vorschüsse auf die zuständigen Ortszulagen an die hiesigen Lehrer** (500 bezw. 230 *M*) werden nach ausführlicher Begründung durch Stadtv. Junker bewilligt.

Stadtv. Eichardt bittet um Auskunft, was der Magistrat zu tun gedenkt, wenn wider Erwarten die Regierung die Zahlung verweigert.

Erster Bürgermeister Hertzog erklärt, daß dieser Betrag dann als einmalige außerordentliche Beihilfe angesehen werden könnte.

Nach kurzer Debatte, an der sich weiter Stadtv. Frauenheim, Frau Stadtv. Koenen und Erster Bürgermeister Hertzog beteiligen, wurden die Gelder bewilligt.

Hierauf referiert Stadtv. Ruprecht über die

Verpachtung der Halle—Merseburger Straßenbahn

an die Merseburger Überlandbahn-Aktiengesellschaft, über die wir schon ausführlich berichteten. Nach kurzer Debatte, in der auf Anfragen der Stadtv. Mahlo und Wolf Erster Bürgermeister Hertzog Auskunft gibt, wird der Verpachtung zugestimmt.

Der

Nachbewilligung von 7664,85 *M*

der Ruhegehalts- und Hinterbliebenenversorgung (Witwen und Waisen) — Berichterstatter Stadtv. Schneider — wird nach kurzer Debatte ebenfalls zugestimmt.

Über die

Erhöhung der Gaspreise

berichtet Stadtv. Heberer. Wie wir seinerzeit mitteilten, sollten die Preise auf 36 bezw. 38 ₰ erhöht werden. Durch inzwischen erfolgte neue Preiserhöhungen sind auch diese Preise nicht mehr ausreichend, so daß eine weitere Erhöhung vorgenommen werden muß.

Die abermalige Preiserhöhung der Gaskohle um 15 *M* je 10 To. bedeutet für das Gaswerk eine Mehrausgabe von 95 500 *M*, hiervon müssen 52 000 *M* durch erhöhte Kokspreise gedeckt werden, die restlichen 43 550 *M* aber müssen durch verkauftes Gas vereinnahmt werden. Bei den zuletzt vorgeschlagenen Preisen von 36 bezw. 38 ₰ war zwar einer geringen Preissteigerung der Kohle Rechnung getragen, aber bei der jetzt in Kraft getretenen Steigerung der Kohle reichen die vorgeschlagenen Gaspreise nicht mehr aus. Im übrigen sind inzwischen auch die Arbeiter des Werkes mit erneuten Forderungen auf Erhöhung der Löhne an die Stadt herangetreten. Die Verhandlungen sind noch im Gange.

Es wird daher beantragt, nunmehr den Preis für Leucht- und Kochgas auf 38 ₰, für Münzgas auf 40 ₰ je Kubikmeter festzulegen und für Straßenbeleuchtung 32 ₰, für die Bahnhofsanlage 34 ₰ zu fordern.

Die Preise sind rückwirkend ab 1. Mai zu erheben.

Betr. der Erhöhung der Löhne hofft stellv. Stadtv.-Vorsteher Daniel, daß die Verhandlungen zur Anerkennung der berechtigten Forderungen führen. Erster Bürgermeister Hertzog bemerkt, daß die Verhandlungen gewiß zum befriedigenden Abschluß gelangen werden.

Der Vorlage wurde zugestimmt.

250 *M* für das Kriegsgefangenendurchgangslager Gießen

(Berichterstatter Stadtv. Hesselbarth) werden bewilligt.

Bürgermeister Dr. Mosebach führt hierzu aus, daß der Magistrat absichtlich einen größeren Betrag nicht eingestellt habe, da auch andere noch zu errichtende Kriegsgefangenendurchgangslager mit der Bitte um Beiträge herantreten werden.

Für die

Erneuerung einzelner Teile des Seminarheizkessels

(Berichterstatter Stadtv. Bauer) werden 1670,95 *M* bewilligt. Der Berichterstatter, unterstützt vom Stadtv. Ruprecht, bittet, auch den zweiten Kessel noch sofort reparieren zu lassen. Die Materialien usw. werden in absehbarer Zeit doch nicht billiger.

Die Erhöhung der Mobiliarversicherungen

der beiden Rathäuser, der Schulen und sämtlicher städtischer Anstalten und Werke (Berichterstatter Stadtv. Rex) wird zugestimmt und auf Antrag des Stadtv. Teller die Erhöhung nicht, wie vom Magistrat vorgeschlagen, auf 100 Prozent, sondern auf 200 Prozent festgesetzt.

Über den

Bau eines vierten Ofens im Gaswerk

führt Stadtv. Koenen u. a. aus:

Anläßlich der Vorlage zur Bewilligung der Mittel für den dritten Ofen in der Gasanstalt wurde in der Aussprache in der Stadtverordnetenversammlung vom 7. April 1919 von mehreren Rednern die sofortige Bewilligung eines weiteren Ofens angeregt. Die Deputation

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190521-16/fragment/page=0002

der städtischen Werke hat daraufhin die Frage noch einmal eingehend geprüft mit dem Ergebnis, dem Magistrat die sofortige Vergebung der Lieferung eines vierten Ofens zu empfehlen. Der Magistrat ist diesem Beschlusse beigetreten. Da die Werke zurzeit außerordentlich stark beschäftigt sind, insbesondere große Lieferungen für das Ausland haben, ist die möglichst frühzeitige Bestellung erforderlich. Mit einem Preisrückgang kann infolge der starken Nachfrage auch nicht gerechnet werden. Dazu kommt, daß die Firma Klönne bei Bestellung beider Öfen zusammen einen Preisnachlaß von 3 Prozent gewähren will. Es werden somit etwa 6500 M erspart. Der zweite Ofen wird etwa in 8 bis 9 Monaten geliefert werden können, zu einer Zeit, wo der älteste Ofen bereits anfängt, abgängig zu werden. Durch den Bau des vierten Ofens ist dann die notwendige Reserve vorhanden.

Mit Rücksicht auf die dauernd steigenden Preise, sowie auf den von der Firma Klönne uns gestellten kurzen Zuschlagtermin ist der Auftrag vorbehaltlich der Genehmigung der Stadtverordnetenversammlung erteilt worden.

Der Magistrat bittet, folgenden Beschluß fassen zu wollen: „Die Stadtverordnetenversamlung genehmigt die Beschaffung eines vierten Klönne-Ofens, die erforderlichen Mittel im Gesamtbetrage von 103 000 Mark soll zu ⅓ aus dem Erneuerungsstock 1919 entnommen werden. Der Rest von ⅔ soll im Rechnungsjahr 1920 dem Erneuerungsstock entnommen werden."

Nach kurzer Debatte, in der Stadtv. Bothe und Stadtbaurat Zollinger das Wort haben, wird der Bau des vierten Ofens genehmigt.

Der

Ankauf der Baracken an der Weißen Mauer

(Berichterstatter Stadtv. B. Müller), über den wir auch bereits berichteten, wird genehmigt.

Stadtv. B. H. Mueller bemerkt, daß der Ankauf zweifelsohne ein glücklicher Griff sei, der die Wohnungsnot wesentlich mit beheben wird. Redner kommt dann auf die Innenkolonisation und das Siedlungswesen zu sprechen.

Erster Bürgermeister Hertzog gibt erschöpfende Auskunft und führt an, daß die Stadt durch Beteiligung an der Siedlung „Sachsenland" und der Merseburger Rentengutsgesellschaft unter Würdigung der derzeitigen Verhältnisse das Möglichste getan habe. Der Ausführung größerer Pläne, die jederzeit ernste Förderung finden werden, stehen fast unüberwindliche Schwierigkeiten in der Materialbeschaffung usw. entgegen.

Der Berichterstatter, Stadtv. B. Müller, bittet noch, daß die durch die Baracken geschaffenen Wohnungen der Reihenfolge der Anmeldung gemäß vergeben werden, was

Erster Bürgermeister Hertzog, soweit dies sich ermöglichen läßt, zusagt.

Stadtv. Teller gibt nunmehr ein ausführliches Referat über die

Einrichtung der Wohnungen an der Weißen Mauer,

dem wir das folgende entnehmen:

Die Baracken an der Weißen Mauer sind zum Preise von 70 000 M von der Heeresverwaltung erworben und eignen sich vorzüglich zur Einrichtung von Kleinwohnungen.

Es sind zwei Typen von Baracken vorhanden. Die 5 hinteren (Type a) haben eine lichte Stockwerkhöhe von 4,30 bis 4,70 Meter, sind also für die Einrichtung von Kleinwohnungen zu hoch. Es soll deshalb durch Einziehen einer Decke der Raum in zwei Stockwerke geteilt werden. Das Erdgeschoß mit 2,50 Meter Höhe soll die Wohnräume enthalten, das Obergeschoß mit einer Stockwerkhöhe von 2,20 Meter die Schlafkammern.

Auf diese Weise lassen sich in jeder der Baracken Kleinwohnungen von 4 bis 5 Räumen zum Teil von geräumiger Ausdehnung schaffen, die zur Aufnahme kinderreicher Familien besonders geeignet sind. Da das Obergeschoß lediglich die Schlafkammern enthalten soll, kann die Decke verhältnismäßig schwach ausgeführt werden. Erdgeschoß und Obergeschoß werden durch eine einfache, einläufige Treppe verbunden. Jede dieser Baracken erhält auf diese Weise 6 Wohnungen, von denen je fünf Stuben erhalten und eine vier Stuben. Jede Wohnung erhält besondere Abortanlage und besonderen Abschluß.

Die restlichen 5 Baracken (Type b) haben nur eine Stockwerkhöhe von 3,50 Meter und können nicht in zwei übereinander liegende Geschosse geteilt werden. Zwei davon sollen zu je 6 kleineren Wohnungen eingerichtet werden, die drei Wohnräume erhalten. Jede Wohnung erhält besonderen Zugang. Die Abortanlage ist gemeinschaftlich (für je zwei Wohnungen eine Abortanlage) angelegt.

Die drei noch übrig bleibenden Baracken sollen als Ledigenheime eingerichtet werden. Zwei davon für Männer und eine für Frauen. In jeder Baracke können bis zu 22 Ledige untergebracht werden, die in zwei gemeinschaftlichen Schlafsälen schlafen sollen. Für jeden Saal ist ein gemeinschaftlicher Wohnraum und ein Waschraum vorgesehen. Innerhalb des Hauses ist eine Abortanlage für nachts untergebracht, während draußen gemeinschaftliche Aborte für tags vorgesehen sind. In jeder dieser Baracken ist eine Hauswartwohnung untergebracht. Im ganzen lassen sich somit 66 Unverheiratete unterbringen.

In der Wirtschaftsbaracke soll eine Volksküche eingerichtet werden, die sowohl für das Barackenlager als auch für die Bevölkerung der Stadt die Beköstigung übernehmen kann. Außer der geräumigen Kochküche und den Nebenanlagen und Nebenräumen sind zwei Speisesäle vorgesehen, die etwa für 200 Personen Raum bieten. Das Obergeschoß über der Küche soll zu kleinen Wohnungen von zwei Wohnräumen ausgebaut werden, wo die in der Küche angestellten Frauen (meistens Kriegerwitwen mit kleiner Familie) untergebracht werden können.

Der linke Flügel der Wirtschaftsbaracke enthält die Wäscherei, die an eine geeignete Familie (Kriegsbeschädigte) abgegeben werden wird. Es kann hier außer der Wäsche des Barackenlagers und der Junggesellenheime auch Wäsche von außerhalb gewaschen werden.

Außerdem sind im Wirtschaftsgebäude zwei kleinere Waschküchen und in dem ehemaligen Desinfektionsgebäude zwei weitere, also im ganzen 4 Waschküchen eingebaut.

In der früheren Plätt- und Flickstube im Wirtschaftsgebäude wird ein Badehaus eingerichtet werden mit 4 Brausebädern und mehreren Wannenbädern für gemeinschaftliche Benutzung der Barackenbewohner.

Über der Wäscherei im Obergeschoß werden noch zwei Wohnungen mit je 3 Wohnräumen ausgebaut werden.

Im ganzen werden in den Baracken 55 Wohnungen für Familien und 60 Wohnungen für Unverheiratete geschaffen werden. Jede Wohnung erhält besonderen Pflanzgarten, auch ein kleines Stallgebäude.

Die Kosten für die gesamte Anlage einschl. der Erwerbskosten für die Baracken betragen 450 000 M. Davon sind als Überteuerungszuschüsse bei Reich und Bundesstaat die Übernahme von 268 987,80 M beantragt. Die jährliche Miete ist bei Berechnung dieser Überteuerungszuschüsse mit 13 300 M in Rechnung gestellt, eine Verzinsung des Kapitals mit 6 Prozent und eine Tilgung innerhalb 15 Jahren angenommen.

Die Durchschnittskosten einer Wohnung betragen etwa 5900 M, wenn man das gesamtaufgewendete Kapital in Betracht zieht, und etwa 3000 M, wenn man die Rückerstattung der Überteuerungsbeträge durch Staat und Reich annimmt. Der Durchschnittspreis beträgt etwa pro Wohnung 175 M. Die endgültige Festsetzung der Mietwerte im einzelnen wäre Sache der Wohnungskommission.

Nach längerer Debatte, in der bauliche Fragen erörtert und hauptsächlich gefordert wird, daß die Schlafsäle in den Räumen für Ledige soweit als möglich getrennt werden sollen, wird die Vorlage genehmigt mit der Bedingung, daß die Überteuerungszuschüsse vom Reich und Preußen gezahlt werden. Die Baudeputation wird, den Wünschen der verschiedenen Redner folgend, die Einrichtung der Schlafsäle nochmals beraten und möglichst, wenn auch nicht für jedes Bett eine Kabine, so doch etwa in Manneshöhe einen Umbau schaffen.

Dem

Bebauungsplan der Merseburger Baugesellschaft

für die Bismarckstraße und die Straße U zwischen Roter Brückenrain und Blanckestraße (Berichterstatter Stadtv. Mahlo) wird zugestimmt. Die Bismarckstraße erhält eine Breite von 8 Meter, die Straße U eine Breite von 7,50 Meter. Die Bismarckstraße erhält auf der Westseite einen Vorgarten von 7 Meter, wie im Plan eingetragen, die Straße U einen Vorgarten auf der Westseite der Straße von 5 Meter Tiefe.

Die Merseburger Baugesellschaft will den Baublock A noch in diesem Jahre mit Einfamilienhäusern bebauen. Die Gebäude sollen am Roten Brückenrain dreigeschossig, im übrigen zweigeschossig zur Ausführung kommen. Die Herstellung der Wege innerhalb des Baublocks sollen der Gesellschaft überlassen bleiben und sollen nach dem in der Anlage ersichtlichen Lageplan zur Ausführung kommen. Im Bebauungsplan sollen lediglich die Bismarckstraße und die Straße U eine Änderung bezw. Festsetzung in der vorgeschlagenen Weise erfahren. Die Befestigung der Straßen soll in einfacher Weise als Wohnstraßen erfolgen, indem der Fahrdamm für leichten Verkehr chaussiert hergestellt wird; der Bürgersteig soll bekiest werden und Bordschwelle sowie einen Zementplattengang erhalten. Die zwischen Baublock A und B im Plan eingetragene Platzanlage soll als Parkfläche dauernd erhalten bleiben und ist vertraglich mit der Firma Blancke vereinbart. Über die endgültige Gestaltung des Parkes sowie dessen Höhenlage erfolgen bei Vorlage des Bebauungsplanes für die Umgegend besonders eingehende Vorschläge.

Außerhalb der Tagesordnung wird noch bekannt gegeben, daß die

Verwaltung der Volksküche

mit auf die Lebensmitteldeputation übergegangen ist. Wie Stadtv.-Vorsteher Kohl ausführt, muß die Deputation um 3 Mitglieder, und zwar 1 Magistratsmitglied und je 1 aus dem Stadtverordnetenkollegium und aus der Bürgerschaft erweitert werden. Die gewählten Stadtv. Schneider und Herr Möbert werden bestätigt

Die

Kreistagswahl

findet am Sonntag 11 Uhr statt. Der Antrag des Stadtv. Wetzel, den Termin auf 9 Uhr zu verlegen, fand nicht die genügende Unterstützung.

Schließlich bittet stellv. Stadtv.-Vorsteher Daniel den Magistrat um Auskunft betr. Speckliefe rung. Nach Gerüchten soll der Speck schon längst in der Turnhalle liegen und zum Teil wohl schon verdorben sein.

Erster Bürgermeister Hertzog teilt mit, daß wir wohl Speck erhalten sollen, daß das begehrte Fett aber noch nicht da sei. Sobald nach Eintreffen kommt der Speck zur Verteilung, und zwar nicht als Ersatz für fleischlose Wochen, sondern als außerordentliche Extrazuteilung.

Schluß 8½ Uhr. — Hierauf geheime Sitzung

---

s. Ermlitz, 19. Mai. In der vorvergangenen Nacht wurden dem Maurer Fiedler drei Ziegen und mehrere Kaninchen und Hühner gestohlen. Die Tiere waren hinter dem Gehöft auf dem Felde abgeschlachtet. Leider fehlt bisher noch jede Spur von den Dieben.

Mücheln und Umgegend.

20. Mai.

‡ **Mücheln**, 19. Mai. Heute Mittag hatten sich mehrere Hundert Personen auf dem Marktplatze eingefunden, um gegen den Gewaltfrieden zu protestieren. Der Redner, Rektor Hermann-Friedersdorf, entwarf ein anschauliches Bilhd von der heuchlerischen, hinterlistigen Art Englands, andere Völker für sich bluten zu lassen. Dieses Gebahren hat es nicht nur seit Jahrhunderten schon gezeigt, sondern besonders im vergangenen Weltkriege und vor allem bei dem schmachvollen Friedenswerk. Denn für jeden, der sehen will, ist es wohl klar, daß der Imperialismus Englands die Haupttriebfeder bei dem schändlichen Entwurf des Friedensvertrages gewesen ist und erst nach diesem die blinde Nachsucht Frankreichs folgt. Dieser Friede vernichtet unsere Industrie vollständig, er vernichtet unsern Handel, da wir unsere gesamte Handelsflotte ausliefern sollen, er vernichtet unsere Landwirtschaft. Außerdem fordern die Feinde die Zahlung einer jährlichen Zinsschuld von 3 Milliarden. Käme dieser Vertrag zustande, dann könnten keine Arbeiterlöhne, höchstens ⅓ der gegenwärtigen Beamtengehälter und gar keine Renten für die Kriegsinvaliden gezahlt werden. Ein solcher Friede kann von uns nicht unterzeichnet werden, weil er nicht erfüllt werden kann. Mag dann kommen was will, mögen die Feinde unser Land besetzen, mögen sie uns das Letzte nehmen, lieber den Tod als in der Knechtschaft leben. Aber wir haben noch eine Jugend, die mit uns und nach uns lebt, auf sie setzen wir die Hoffnung, daß sie dereinst die Ketten der Knechtschaft wieder abschütteln wird wie anno 1813. Der Beifall, mit dem der Redner belohnt wurde, zeugte davon, daß er allen aus dem Herzen gesprochen. Nach ihm verlas Stadtverordnetenvorsteher Rotkähl folgende Resolution, die allgemeine Zustimmung fand und der Reichsleitung übermittelt wird: „Die stark besuchte, heute tagende öffentliche Versammlung der Einwohnerschaft Mücheln und Umgegend ist empört über die Grausamkeit der feindlichen Friedensvorschläge, die Deutschland nicht nur mit schmachvoller Verstümmelung, sondern sogar mit wirtschaftlicher und politischer Versklavung und Erwürgung bedrohen. Sie fordern anstatt des geplanten Gewaltfriedens einen klaren und sicheren Rechtsfrieden." Nachdem nahm Hauptlehrer Meitz das Wort, um nochmals hinzuweisen auf unsere tiefernste Lage, deren sich leider nur wenige klar bewußt sind, und auf unsere Jugend, die zum Teil die ernste Zeit miterlebt und hoffentlich zu ihrem Vorteil daraus lernen wird, welche anderen Wege Deutschland wieder zu alter Blüte und Herrlichkeit führen können. Unsere Zuversicht auf unsere Kraft und Lust zur Arbeit, die doch noch in den meisten wohne, wie auch auf den eisernen Willen, aus der Tiefe wieder in die Höhe zu steigen, sind Mittel, uns über die trübe Zeit hinwegzuhelfen. Seine Rede klang aus in einem Hoch auf unser geliebtes Deutschland, das von der Menge begeistert aufgenommen wurde. Damit sollte eigentlich die wahrhaft erhebende Feier ihr Ende erreichen, aber ein unabhängiger Redner trat jetzt hervor, um die Menge zu warnen, die gefaßte Resolution zu unterstützen. Wieder klangen einem die alten Schlagwörter von Kapitalismus und Internationale entgegen, und — man muß staunen darüber — vereinzeltes Bravo und Händeklatschen. Es scheint so, als wollen unsere Arbeiter nicht anerkennen, daß der größte Teil der französischen und fast der ganze Teil der englischen Arbeiterschaft von einer Internationale gar nichts wissen will. Wer Bekanntschaft mit französischen und englischen Kriegsgefangenen gemacht hat, und in dieser Lage sind wohl die meisten unserer Arbeiter gewesen, der wird erfahren haben, welch starker, nationaler Sinn, welche geradezu fanatische Vaterlandsliebe im Franzosen und auch im Engländer stecken, und daß ihnen sogar ein starkes Stück Imperialismus innewohnt. Haben unsere Arbeiter wirklich noch nichts daraus gelernt? Sind dem deutschen Michel noch nicht die Augen aufgegangen? Man kann sich wahrhaftig nicht genug wundern über Leute, die noch ihre Hoffnung auf die Internationale setzen. Warum läßt dann die feindliche Arbeiterschaft das schmachvolle Friedenswerk zur Wirklichkeit werden? Warum regt sie sich nicht? Es fällt ihr gar nicht ein, nicht etwa weil sie nicht könnte oder dürfte (die englische Arbeiterschaft ist eine bedeutende Macht in ihrem Lande), nein, weil sie nicht will, sie will auch mit Vorteil haben und Nutzen ziehen von dem deutschen Sklaven-Arbeiter. Und wer unseren Arbeitern etwas anders vorredet, der redet bewußt oder unbewußt (wir wollen das letztere annehmen) die Unwahrheit. Käme die Internationale zum Sieg, wir wissen es wohl, es gereichte nicht nur dem deutschen Arbeiter zum Segen, allen anderen auch, schon allein dadurch, daß das erbarmungslose Friedenswerk umgestoßen würde. Aber so lange die Vaterlandsliebe im französischen und englischen Arbeiter stärker ist als die Liebe zu ihren deutschen Kollegen, vermögen wir nicht daran zu glauben. Nach kurzer Erwiderung des Rektors Hermann auf die Worte des unabhängigen Redners und einem Schlußwort des Hauptlehrers Meitz wurde das alte und immer wieder neue „Deutschland, Deutschland über alles" angestimmt, in das die Menge, außer der Unabhängigen, begeistert einstimmte.

Wetterwarte.

V. W. am 21. 5.: Teils heiter, teils wolkig, trocken, Nacht kühl, Tag etwas wärmer als Dienstag. — 22. 5.: Ziemlich heiter, trocken, etwas wärmer.

Sport und Leibesübungen.

⚘ **V.-V. „Hohenzollern", Merseburg.** Bei dem am Sonntag stattgefundenen Waldlauf in der Heide zu Halle standen die „Hohenzollern" vertretenden Athleten unter einem ungünstigen Stern. „Hohenzollern" ging schon aussichtslos in den schweren Kampf, da Hans Meißner nicht zur Stelle war, den eine Unpäßlichkeit fernhielt. Ohne den verläßlichen Führer, der sicher zum Siege geführt hätte, wurde die Strecke abgelaufen und von Walter Weber, Otto Weber und Fritz Ritter das Ziel passiert, jedoch ohne Platzierung. Die Konkurrenz war in diesem Jahre auffallenderweise eine äußerst starke, zumal stellte Halle eine große Anzahl klassiger Läufer, Hohenzollern kann daher mit dem Erreichten zufrieden sein. —k.

⚘ **V.-Kl. „Preußen".** Die am Sonntag zwischen dem V.-Kl. „Preußen" und Weißenfelser „Teutonia" stattgefundenen Wettspiele ergaben folgende Resultate: „Preußen" II gegen „Teutoni" I 2:0, „Preußen" III gegen „Teutonia" II 12:0. Die Spiele verloren durch unvollständiges Antreten von seiten „Teutonias" an Wert.

⚘ **Pfälzer Waldverein, Ortsgruppe Merseburg.** Der nächste Vereinsabend findet am kommenden Freitag im Schultheiß-Restaurant, Burgstraße 21 statt. Freunde sind herzlichst eingeladen.

Verantwortlicher Redakteur Franz Rößner in Merseburg.
Druck und Verlag von Th. Rößner in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Betrifft
Wollablieferung
laut Beschlagnahme-Bestimmung Nr. W 10/3. 19 vom 1. März 19.

Zum Ankauf der Wolle von Schafhaltern mit weniger als 30 Schafen sind Bezirksaufkäufer bestellt worden. Die Bezirksaufkäufer wiederum haben Sammelstellen errichtet:
Sammelstelle für den Kreis Merseburg ist:
Johannes Bernhardt, Halle a. S.,
Kellnerstraße 4.

An diese Sammelstelle können die Schafhalter ihre Wolle zur Abschätzung durch den Bezirksaufkäufer liefern. Der Bezirksaufkäufer kauft diese Wollen gegen eine Provision für die Reichswolle-Aktiengesellschaft Berlin, also nicht für seine Rechnung, auf. Er ist angewiesen, für das rohe, ungewaschene Produkt den höchsten Preis zu zahlen unter Zugrundelegung der am 1. März d. Js. für gewaschene Wollen festgesetzten Uebernahmepreise, welche gegen die bisherigen Preise beträchtliche Erhöhungen aufweisen.
Bezirksaufkäufer ist die Firma:
Hugo Feibelsohn, Berlin W.,
Unter den Linden 10.

Jeder Ablieferer von Wolle erhält einen Ablieferungsschein. Auf demselben ist vermerkt, welche Mengen Rohwolle (Schmutzwolle) den Schafhaltern zum Zwecke der Selbstversorgung freigegeben werden. Die Bezirksaufkäufer bezw. Sammelstellen von deutschen Wollen sind berechtigt, diese freigegebenen kleinen Mengen Wolle zum Verspinnen anzunehmen. Eine Belieferung von Strickgarn findet nicht mehr statt.
Reichswirtschaftsstelle für Wolle, Berlin.

Gesundung durch Sauerstoff!
Das natürliche giftfreie Heilverfahren ohne Berufsstörung bei
Nerven- und Stoffwechselleiden
Nervenschwäche, Magen-, Darm-, Leberleiden, Gicht, Rheuma, Stuhlträgheit, Hautleiden usw.
Verlangen Sie kostenfrei ausführliche Druckschrift.
Dr. Gebhard & Cie., Berlin 35, Potsdamer Str. 104/105.

Kreissparkasse Merseburg
Bahnhofstrasse 3
unter Haftung und Sicherheit des Kreises.
Postscheck-Konto Leipzig 8806 Fernruf 540.

Spareinlagen mit täglicher Verzinsung werden jederzeit — auch im Ueberweisungsverkehr — angenommen.
Rückzahlungen erfolgen je nach Vereinbarung sofort ohne Kündigung.
Sicherheitsmaßnahmen gegen unberechtigte Abhebungen.
Unbedingte Verschwiegenheit über alle Geschäftsvorkommnisse.
An- und Verkauf von Wertpapieren.
Einlösung fälliger Zinsscheine und geloster Stücke.
Darlehne an Jedermann gegen Sicherstellung durch Hypothek oder Pfand.

Spezial-Anstalt zur Förderung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs.
Eröffnung von provisionsfreien Girokonten für Jedermann.
Völlig kostenlose Ausführung von Geldüberweisungen an jede Person im Deutschen Reiche, auch Einziehung von Schecks und Wechseln.
Unentgeltliche Abgabe von Formularen und Scheckheften.
Schnellste Erledigung von schriftlichen Aufträgen.

Die Deutsche
demokratische Partei
ist die Partei aller liberal und fortschrittlich gerichteten Volksgenossen in Stadt und Land.
Sie tritt unerschrocken ein für Ordnung, Freiheit und Recht.
Darum:
Landwirte, Kaufleute, Industrielle, Beamte, Handwerker, Arbeiter, Frauen aller Stände
tretet ein in die
Deutsche Demokratische Partei
die Partei der deutschen Frau.
Anmeldungen nehmen die Vorstandsmitglieder des Ortsvereins Merseburg sowie die Geschäftsstelle des Merseburger Korrespondenten (Kl. Ritterstraße 3) entgegen

Verbrennungs-Särge
aus Metall und Holz,
sowie großes Lager eichener und kieferner Pfostensärge
Metall-Särge.
Sarg-Magazin von **Gebr. Scholtz,**
Gotthardtstraße 34. Merseburg. Gotthardtstraße 34.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190521-16/fragment/page=0003

Anzeigen.

Für die Aufnahmen der Anzeigen an bestimmt vorgeschriebenen Tagen oder Plätzen können wir keine Verantwortung übernehmen, jedoch werden die Wünsche der Auftraggeber nach Möglichkeit berücksichtigt.

Bekanntmachung.

Es wird mir mitgeteilt, daß auch nach der Einschränkung der Verkaufszeit an Sonn- u. Feiertagen viele gewerbliche u. landwirtschaftliche Unternehmungen daran festhalten, die Lohnzahlung an ihre Arbeiter u. Angestellten an den Sonnabenden vorzunehmen. Infolgedessen wird diesen Bevölkerungskreisen die rechtzeitige Deckung ihres Bedarfs an Lebensmitteln u. sonstigen Gegenständen des täglichen Gebrauchs wesentlich erschwert, wenn nicht unmöglich gemacht.

Ich ersuche die in Frage kommenden Betriebe, die Lohnauszahlung spätestens am Freitag vornehmen zu wollen.

Merseburg, den 16. Mai 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Bekanntmachung.

Die Herren Ärzte und die Vorstände der Krankenkassen des Bezirks mache ich ergebenst darauf aufmerksam, daß die vom Ober-Versicherungsamte festgestellten **Wahlordnungen**

1. für die Wahl der Vertreter der Ärzte und der Krankenkassen zum Ausschuß für die Auswahl der Ärzte,
2. für die Wahl der Vertreter der Ärzte und der Krankenkassen zum Vertragsausschuß

zur Einsichtnahme durch die Beteiligten in den Geschäftsräumen des Versicherungsamts Merseburg—Land (Gr. Ritterstr. 5, 1. Stock rechts) während der Dienststunden ausliegen.

Merseburg, den 16. Mai 1919.

Der Vorsitzende des Versicherungsamts Merseburg—Land.
J. V.: Mosle.

Bekanntmachung.

Arbeitgeber, Geschäftsleute usw., welche noch Lagergeldscheine des Mannschafts-Gefangenenlagers **Merseburg** im Besitz haben, werden aufgefordert, deren Umtausch bis **spätestens 31. Mai 1919** bei der Kassenverwaltung des Lagers vorzunehmen. Am 1. Juni 1919 verliert das Lagergeld seine Gültigkeit und wird von diesem Tage an nicht mehr eingelöst.

Merseburg, den 13. Mai 1919.

Kommandantur des Mannschafts-Gefangenenlagers Merseburg.

Luzerne- u. Wiesen-Verpachtung.

Mittwoch den 21. Mai d. J., nachm. 6 Uhr, findet im Hauptmannschen Gasthaus zu Meuschau die Verpachtung von **ca. 4½ Mrg. Luzerne und ca. 7 Mrg. Wiese** geteilt und im ganzen auf 1 Jahr öffentlich meistbietend unter bekannt zu gebenden Bedingungen statt.

Albert Franke, Auktionator.

Klee-Verpachtung.

Sonnabend d. 24. Mai d. J., nachmittags 5 Uhr, werde ich in **Naundorfer Flur b. Körbisdorf**

ca. 6 Morgen Klee

an Ort und Stelle auf 6 Jahr in einzelnen Morgen-Parzellen öffentlich meistbietend verpachten.

Bedingungen im Termin.

Sammelplatz ½5 Uhr: Gasthaus Naundorf.

Im Auftrage des Besitzers
Albert Franke, Auktionator.

Eine Schlafstelle zu vermieten Milchinsel 1.

Schlafstelle für anständigen Herrn offen **Vorwerk Nr. 4.**

Bessere Schlafstelle offen Hallesche Str. 57, 2 Tr.

Im Grundstück **Roßmarkt Nr. 2** ist

1 Laden m. Ladenstube

sofort zu vermieten. Auskunft erteilt Herr **Presch** im Grundstück oder der Unterzeichnete **Paul Näther**, Markt 9, 2 Tr.

Belohnung!

75 Mark Belohnung nach Kontrakt-Abschluß dem, der mir eine 3–4-Zimmer-Wohnung nachweist. Off. u. **Bel. 75** an die Exped. d. Bl.

Alleinstehende Frau sucht **2-Z.-Wohnung** oder **Zimmer** zum Unterstellen der Möbel. Angebote unt. **H K** an die Exped. d. Bl.

Wer weist jungem Ehepaar (Flüchtlinge von Posen) **eine Stube und Küche** nach?
O. B., Merseburg, Brühl 24.

Möbl. Zimmer m. Kochgelegenh. ab sofort gesucht. Gefl. Offert. an Fr. **H. Richter**, Neumarkt 32, 1 Tr. l.

Ein oder zwei möblierte Zimmer mit Kochgelegenheit zum 1. 6. d. J. gesucht.
Off. u. **G E** an die Exped. d. Bl. erbeten

Statt Karten.

Für die zahlreichen Blumenspenden, Geschenke und Gratulationen anläßlich unserer Vermählung sagen wir auf diesem Wege unsern herzlichen Dank.

Ernst Preußer und Frau Emma geb. Blume.

Merseburg, den 20. Mai 1919.

Heute vormittag endete ein sanfter Tod das Leben unserer herzensguten Mutter, Schwieger-, Groß- und Urgroßmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau verw. Auguste Steinbrück
geb. Buschmann

im hohen Alter ihres reich gesegneten Tun und Schaffens. Ein treues Mutterherz hat aufgehört zu schlagen.

Merseburg, den 19. Mai 1919.

Um stilles Beileid bitten die trauernden Familien:
Arthur Menzel, Oskar Herber.

Die Beerdigung findet Donnerstag nachmittag 4 Uhr vom Trauerhause Hallesche Straße 51 aus statt.

Nachruf.

Plötzlich und unerwartet verschied nach kurzem, schweren Leiden unser hochgeschätzter

Obermeister

Herr Gustav Brüggmann

Sein edler, offener Charakter, sein kollegiales Wesen sichern ihm im Kreise unserer Innung ein dauerndes Gedenken.

„Ruhe sanft!"

Sattler- und Tapezierer-Innung Merseburg und Umgegend.

Ausgabe von Lebensmitteln.

Es werden zugeteilt: und zwar wegen grundlegender Neuaufnahme des Lagerbestandes gleich auf 2 Wochen:

a) für die Zeit vom 26. Mai bis 1. Juni 1919

½ Pfd. amerik. Weizenmehl z. Pr. v. 1,12 M. auf Bezugschein 82
¼ Pfd. Grieß z. Preise von 12 Pfg. auf Bezugschein Nr. 83
1/8 Pfd. Marmelade zum Pr. v. 65 Pfg. auf Bezugschein 84
100 Gr. lose Suppen zum Pr. v. 19 Pfg. auf Bezugschein 85

b) auf die Zeit vom 2. Juni bis 8. Juni 1919

½ Pfd. amerik. Weizenmehl z. Pr. v. 1,12 M. auf Bezugschein 86
¼ Pfd. Nudeln zum Preise von 18 Pfg. auf Bezugschein Nr. 87
½ Pfd. Rübensaft zum Preise von 35. Pfg. auf Bezugschein 88

und zwar der Rübensaft in nachstehenden Geschäften:

Konsumverein, Lauchstedter Straße.
Konsumverein, an der Geisel.
Weidling, Obere Breitestraße.
Wackernagel, Clobikauerstraße.
Jähnert, Neumarkt.
Trommer, Unteraltenburg.
R. Schulze, Hälterstraße.
Steuer, Luisenstraße.
Albert, Schmalestraße.
Kunecke, Gutenbergstraße.
Kahl, Neumarkt.
Wolff, Roßmarkt.
Dorn, Markt.
Kulicke, Lindenstraße.
Teichmann, Unter Altenburg.
G. Fuß, Gotthardtstraße.

Abgabe der Bezugscheine Nr. 82 bis einschl. 88 (also für beide Wochen) am **Mittwoch den 21. Mai und Donnerstag den 22. Mai d. Js.**

In den Gast- und Speisewirtschaften ist für Mittagessen abzugeben: Bezugschein und Quittung Nr. 83 und 87 je in der diesbezüglichen Woche.

Einreichung der Forderungsnachweise durch die Verkaufsstellen **bis spätestens Freitag den 23. Mai d. Js., bis mittags 12 Uhr.**

Verkauf der Ware:

a) für die Zeit vom 26. Mai bis 1. Juni 1919
am Freitag den 30. Mai bis Sonnabend den 31. Mai 1919

b) für die Zeit vom 2. Juni bis 8. Juni 1919
am Donnerstag den 5. Juni bis Sonnabend den 7. Juni 1919.

Den Verkaufsstellen ist verboten, die zugeteilten Waren vor den festgesetzten Verkaufstagen zum Verkauf zu bringen.

Im freien Handel sind ferner von jetzt ab bis auf Weiteres in allen Verkaufsstellen zu beziehen: Kornfrank und Zichorie zum Preise von 58 Pfg. für ½ Pfd., Sauerkohl zum Preise von 15 Pfg. für das Pfund.

Merseburg, den 20. Mai 1919.

L A II 1400/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Roßfleisch- und Fleischwaren-Verkauf

findet **am 21. Mai d. Js.**

bei Hoffmann, Brühl 6

nachm. von 2—3 Uhr auf die Ordnungsnummern 2901—3000 statt. Ein Anspruch auf eine bestimmte Art von Fleisch besteht nicht.

Merseburg, den 20. Mai 1919.

L A II 1395/19. **Das städtische Lebensmittelamt.**

Ausgabe von Butter

am Sonnabend den 24. Mai 1919.

Es werden zugeteilt: Auf jede Stadtfettmarke 50 Gramm Butter zum Preise von 40 Pfg. in den Verkaufsstellen von

1. **Albert**, Schmalestraße 15.
2. **Vogel**, Roßmarkt 17.
3. **Fischer**, Weißenfelserstraße 12.
4. **Kötteritzsch**, Gotthardtstraße 21.
5. **Frahnert**, Kleine Ritterstraße 2.
6. **Kunecke**, Gutenbergstraße 1.
7. **Konsum-Verein**, Lauchstedter Straße 18.
8. **Teichmann**, Unter-Altenburg 32.
9. **Schultz**, Weiße Mauer 30 und
10. **Kretzschmar**, Neumarkt 32.

Ausgabe von Margarine.

Es werden zugeteilt: Auf jede Stadtfettmarke 50 Gramm Margarine zum Preise von 22 Pfg. in folgenden Verkaufsstellen

1. **Näther Nachf.**, Markt 9.
2. **Schanze** „ Kleine Ritterstraße 8.
3. **Konsumverein**, An der Geisel 3 und
4. **Trommer**, Unter-Altenburg 13.

Auf jede Zusatzfettmarke (mit dem Aufdruck K und G) werden 50 Gramm Butter zum Preise von 40 Pfg. verabfolgt.

Merseburg, den 19. Mai 1919.

L A II 1397/19. **Das städt. Lebensmittelamt**

Ausgabe von Heringen

auf Abschnitt 99 und einen Teil der Abschnitte 98 der Lebensmittelhefte am Donnerstag den 22. Mai 1919.

Es werden in nachstehenden Geschäften:

Adler, Brühl,	Lintzel, Clobikauer Straße,
Herrfurth, Kl. Ritterstraße,	Näther, Markt,
Höhnemann, Steinstraße,	Staake, Neumarkt,
Jünger, Lindenstraße,	Zimmermann, Burgstraße,
Kretzschmar, Neumarkt,	Classe, Breite Straße,

gegen gleichzeitige Abgabe der Bezugscheine und Quittungsabschnitte verabfolgt:

a) an die Inhaber der Lebensmittelhefte 8901—9300 auf Bezugschein und Quittung 99;
b) an die Inhaber der Lebensmittelhefte 9551—9700 auf Bezugschein und Quittung 98

auf den Kopf des Haushalts je 2 Heringe (ohne Kopf und Schwanz) zum Preise von 40 Pf. für das Stück

Ablieferung der eingenommenen Bezugscheine und Quittungsabschnitte mit Verkaufsbericht am **Montag den 26. Mai 1919**, bis mittags 12 Uhr, an die städtische Lebensmittelverteilung, Gr. Ritterstraße 5.

Merseburg, den 20. Mai 1919. L A II 1399/19

Das städtische Lebensmittelamt.

Ausgabe von Kerzen für Monat Mai 1919.

Auf Abschnitt 6 der Kerzenkarte werden

2 Kerzen zum Preise von zus. 42 Pfg.

zugeteilt.

Der Verkauf erfolgt nur in den zugelassenen Verkaufsstellen
Dorn, Markt 7,
Meyer, Annenstr 17,
Schmidt, Unteraltenburg 10,
Staacke, Neumarkt 38,
Zeh, Kleiststraße 2.

Die Verkaufsstellen haben den zum Verkauf freigegebene Abschnitt eigenhändig von der Leuchtmittelkarte abzutrennen und sofort nach Schluß des Verkaufs dem Magistrat mit dem vorgeschriebenen Verkaufsbericht einzusenden.

Merseburg, den 19. Mai 1919. M 267/19.

Der Magistrat.

Bekanntmachung

betr viehseuchenpolizeiliche Anordnung.

Zum Schutze gegen die Pferderäude wird auf Grund der §§ 18 ff. insbesondere § 29 des Viehseuchengesetzes vom 26. Juni 1909 (R. G. Bl. S. 519) mit Ermächtigung des Ministers für Landwirtschaft, Domänen und Forsten folgendes bestimmt:

1. Sämtliche Pferde des Kreises werden einer amtstierärztlichen Untersuchung auf Räude unterworfen.
2. Der Zeitpunkt der Untersuchung wird durch die Ortspolizeibehörden näher bekannt gegeben werden, die auch die näheren Anordnungen hinsichtlich der Untersuchungen treffen.
3. Die Besitzer der Pferde sind verpflichtet, die Pferde zu der festgesetzten Zeit und an den festgesetzten Orten unbeschirrt vorzuführen oder zur Untersuchung bereit zu halten.
4. Mit der Unterstützung des Kreistierarztes bei den Untersuchungen ist Herr Tierarzt Richter in Dürrenberg beauftragt worden.
5. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen unter 3 sind nach § 74 oder § 76 des eingangs erwähnten Gesetzes strafbar.

Merseburg, den 16. Mai 1919.

Der kommissarische Landrat.
Dr. Mosle.

Bekanntmachung.

Wegen des auf der Provinzialstraße Dürrenberg—Spergau in km. 0,63 bis 0,90 stattfindenden Umbaues der Kiesbahn in Großpflaster wird hiermit die Sperrung der Straße für den gesamten Fuhrverkehr für die Zeit vom 21. Mai bis 10. Juli d. J. angeordnet. Der Verkehr zwischen Dürrenberg und Spergau wird über den ausgebauten Gemeindeweg Fährendorf—Wengelsdorf und über den von letzterem bei km. 1,4 abzweigenden in die Dürrenberg—Spergauer Straße bei km. 1,2 einmündenden Verbindungsweg geleitet.

Merseburg, den 19. Mai 1919.

Der kommissarische Landrat.

5449 L. Dr. Mosle.

Amtliche Annahme- und Verkaufsstelle

für Altleder u. getr. Schuhwaren, Merseburg, Karlstr. Nr. 4.
— Fernsprecher Nr. 591. —

Mittwoch den 21. Mai d Js, vormittags von 9—12 Uhr

Annahmetag.

Dort werden auch getragene Kleidungs- und Wäschestücke gegen angemessene Bezahlung angenommen.

Merseburg, den 19. Mai 1919.

M 359/19. **Der Magistrat.**

Die

Gartenlaube

in ihrer neuen Gestalt

Wer die „Gartenlaube" jetzt ansieht, wird eine völlige innere Umformung feststellen können. Mehr als je hat sie Anspruch darauf, das Blatt des deutschen Hauses zu sein, umsomehr, als sie Helferin am Aufbau eines neuen deutschen Lebens sein will. Neue Mitarbeiter haben ihre Arbeit in den Dienst des erneuten Geistes gestellt, in dem ein erneutes Deutschland sich spiegeln soll. Dem schlichtesten Sinne soll die Zeitschrift immer nahe bleiben, dem anspruchsvollsten soll sie dennoch genügen. Gerade jetzt und in den kommenden Jahren wird eine gute Familienzeitschrift, die ganz auf der Höhe ernsthafter literarischer und künstlerischer Ansprüche steht, mehr als je ein Bedürfnis sein. Die „Gartenlaube" ist dieses Blatt!

Von **Mittwoch den 21. d. M** ab stehen in meinen Stallungen mehrere große Transporte

allerbester junger, hochtragender und frischmilchender

Kühe,

hochtragender

Färsen sowie Zugkühe

zum Verkauf.

L. Nürnberger / Inh.: Aug. Quack

Merseburg. Hallesche Straße 10/12. Telephon 28.

Spargel

täglich frisch im *** Valencia-Garten *** zu haben!

Sorte I 1 Pfund 2 Mark, Sorte II 1 Pfd 1.75 Mark, Sorte III 1 Pfund 1.50 Mark.

Rhabarber, Pfd. 45 Pf. **Zitronen**, Stück von 45 Pf. an. **Sultaninen und Backobst** stets vorrätig.

Mittwochs und Sonnabends wird auch auf dem Markt mit verkauft.

Mateo Crespi / Burgstraße 10. Fernsprecher 367.

---

2 große Ladungen

prima ostfriesischer und altmärker

Kühe,

hochtragend, frischmelkend und mit Kälbern,

stehen von **Donnerstag** ab bei mir zu soliden Preisen zum Verkauf.

Paul Böhland / Reichardtswerben.

Fernruf 534 Weißenfels.

Desgleichen stelle am selbigen Tage eine Ladung

prima 2jähr. Mutter-Schafe

von bester Abstammung zu sehr günstigen Preisen zum Verkauf.

Der Obige.

Junger Herr sucht für sofort oder 1. Juni 1—2 **schön möblierte Zimmer.** Gefl. Offert. unt. **EF 21** an die Exped. d. Bl. erbeten.

1—2 Zimmer,

wenn möglich mit Küche, von älterem, alleinstehendem Herrn in besserem Hause gesucht. Off. unter **C 64** an die Exp. d. Bl.

Beff. Wohnhaus

mit Laden und Wohnung, großem Hof und Garten in sehr günstiger Geschäftslage ist sof. zu verk. Refl. bitte Adr. unt. **Wohnhaus** an die Exp. d. Bl. abzugeben.

Ein 2-Familien-Haus

mit etwas Garten und eventuell Toreinfahrt zu kaufen gesucht. Offerten unter **S Sch 43** an die Expedition d. Bl.

Tel. 583. Tel. 583.

Pferde zum Schlachten sowie Notschlachten

kauft stets

Roß-Schlächterei M. Möbius, Merseburg, Tiefer Keller 1.

Inhaber der Erlaubniskarte zum Ankauf von Schlachtpferden.

Pfälzer Waldverein
(Ortsgruppe Merseburg).

Nächster Vereinsabend am **Freitag den 23. Mai 1919** im Restaurant **„Schultheiß"**, Burgstraße

2 junge Herren im Alter von 22 und 24 Jahren **suchen Bekanntschaft zweier junger Damen**, Kriegerwitwen nicht ausgeschlossen, **zwecks späterer Heirat.** Werte Offerten, eventuell mit Bild, unt. **A D Z** a. d. Exp. d. Bl.

2 junge Kaufleute,

20 Jahre, **wünschen die Bekanntschaft von 2 jungen netten Damen** zwecks Ausflügen und Theaterbesuchen; spätere Heirat nicht ausgeschlossen.

W. Offert. mögl. m. Bild unter „Verschwiegenheit" a d. Exp d. Bl.

Junger Mann,
27 Jahre, **wünscht Bekanntschaft mit Fräulein**, Witwe bevorzugt, **zwecks Heirat.**
W. Off. unt. „Heirat" sind zu richten an die Exped. d. Bl.
Anonym zwecklos.

Fräulein, 30 Jahre alt, wünscht Bekanntschaft eines anständ. Herrn **zwecks spät. Heirat.** Witwer angenehm. Werte Offert. unt **M N 5** an die Exp. d. Bl. erb.

Fahre mit leerem Möbelwagen Montag d. 26. Mai nach Leipzig.
Paul Grünewald, Möbeltransport.

Wäsche zum Plätten wird angenommen **Fischerstraße 11, 1 Tr.**

Wer nimmt ein Kind tagsüber in gute Pflege?
Bahnhofstraße 10.

Wo kann junges Mädchen die Schneiderei erlernen? Werte Offerten unter **A L** an die Exp. dieses Blattes erbeten.

Junges anst Mädchen sucht tagsüber Beschäftigung. Werte Offerten unter **O M** an die Exp. dieses Blattes erbeten.

Suche sofort einen jüngeren

Hausdiener

Paul Ehlert, Entenplan 11.

Mehrere

Arbeiter

werden sofort eingestellt.
Bernh. Löther, Sand 13.

Nachtwächter

gesucht. **Th. Groke, A.-G.,** Maschinenfabrik.

Laufbursche,

welcher Ostern die Schule verlassen hat, für leichte Beschäftigung sofort gesucht **Markt 13.**

Arbeits-Mädchen und Frauen

sofort gesucht.
Peitschenfabrik Weißenfelser Straße 13

Frauen oder Mädchen

für leichte Fabrikarbeit gesucht.
Arthur Kornacker.

Gartenfrauen

stellt ein Trenst, Gärtnerei.

*** Eine Frau ***

täglich vormittags für Straßenreinigung und leichte Arbeit sucht
C. F. Meister.

Junges Mädchen

für mein Zirkus-Büfett (auf die Reise) ges. Solche, die Lust hat zu lernen, bevorzugt. Meldung: **Rechenbach**, Obere Breite Str. 12, bei Mollnau.

Junges Mädchen,

welches auch im Geschäft mit helfen kann, für den ganzen Tag gesucht. Valenciagarten, Burgstr. 10.

Ordentliches, fleißiges

Dienstmädchen

bei hohem Lohn gesucht. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Tüchtiges, älteres

& Mädchen &

für Haus und Küche bei guter Belohnung gesucht.

Frau Dr. Schmitz, Bonstraße 1.

Für 1. 6. junges, sauberes

Mädchen

für Küchen- und Hausarbeit zur Hilfe der Mamsell gesucht auf ein Rittergut bei Merseburg.

Bewerbungen unter **E** an die Expedition d. Bl.

Aufwartung für vorm. gesucht Christianenstr. 17.

1 Aufwartung und 2 Frauen zur Gartenarbeit gesucht Krautstraße 14.

Portemonnaie mit Inhalt gefunden.
Abzuholen Azendorf 23.

Kleine Handtasche
mit Inhalt gefunden. Abzuholen bei **Fr. Christ**, Bürgergarten 4.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190521-16/fragment/page=0004
DFG

Beilage zum „Merseburger Korrespondent“.

Nr. 109 — Mittwoch, den 21. Mai 1919 — 45. Jahrg.

Die Politisierung der Selbstverwaltungskörperschaften,

also namentlich der Magistrate und Kreise, bringt es mit sich, daß die Öffentlichkeit in weit größerem Umfange als bisher sich mit der Persönlichkeit der leitenden Beamten beschäftigt. Hierbei können natürlich nicht ausschließlich politische Gesichtspunkte entscheiden. Im Gegenteil, eine Beamtenauslese lediglich nach der politischen Gesinnung ohne Rücksicht auf die Vorbildung und sonstige Eignung ist bedenklich. Wie jede Tätigkeit, erfordert auch die Verwaltung eine gewisse Menge bestimmter Kenntnisse. In ihrer letzten Vollendung ist sie allerdings eine Art Kunst, zu der man schließlich auch geboren sein muß Möglich und recht wünschenswert wäre ja nun, daß die neuerdings in der erwähnten Weise z. B. zu Landräten ernannten Laien, wie Gewerkschaftssekretäre und Konsumvereinslagerhalter zu Verwaltungsbeamten geboren sind. Mit Hilfe der erforderlichen Kenntnisse, die sie sich im Laufe der Zeit sicher werden aneignen können, werden sie dann bestimmt wirklich gute Verwaltungsbeamte werden. Gerade das aber kann man von der Mehrzahl der preußischen Verwaltungsbeamten des alten Systems nicht behaupten. Denn sonst könnte die Erbitterung des Volkes gegen seine Regierung, d. h. also gegen die Verwaltungsbeamten, mit denen es in Berührung kam, und in denen es den „Staat“, die „Regierung“ sah, nicht so tief gehen wie die breite Masse in zahllosen Äußerungen bewies und noch beweist. In den erwähnten Ernennungen liegt eine Art verzweifelte Selbsthilfe, da eben weite Kreise der Bevölkerung das Vertrauen zu den bisherigen Verwaltungsbeamten vollständig verloren haben. Schmerzlich berührt den Einsichtigen dabei nur die Überzeugung, daß sich binnen kurzem die Erkenntnis Bahn brechen wird, daß auf diesem Wege nur schwer eine nachhaltige Abhilfe möglich ist. Weit gangbarer ist der Weg einer allmählichen, gründlichen Reform durch Abstoßen der alten Beamten, soweit sie nicht wirklich innerlich sich den demokratischen Ideen anpassen, — die meisten werden wohl nicht umlernen. An ihre Stelle müssen die jungen Verwaltungsbeamten treten, die, vertraut mit den Ideen der Revolution und ihren geistigen Grundlagen und Voraussetzungen, fest in einer durch und durch demokratischen mit sozialen und sozialistischen Ideen durchwobenen politischen Gesinnung stehen. Nur die Jugend kann hier helfen, und sie will es auch. Genügend Kräfte sind vorhanden, die jetzt noch in untergeordneten schlecht bezahlten Stellungen ihre Jugend und ihre begeisterungsfähige, selbstlose Hingabe an die Aufgaben der Volksgesamtheit vertrauert. Sie allein hat den beschwingten unverwüstlichen Glauben an die Zukunft des deutschen Volkes trotz Tod und Tränen und Vernichtungsfrieden.

Viel zu weit würde es führen, wollte man hier eine Art Beamtenspiegel aufstellen mit den Forderungen, die ein guter Verwaltungsbeamter erfüllen soll. Nur eine sei herausgegriffen, die Kunst der Menschenbehandlung. Das ist die Grundlage der ganzen Verwaltung. Die einzelne Verwaltungsmaßnahme an sich, die besondere praktische Frage, z. B. ob der Bebauungsplan so oder so geschnitten werden soll, ob die Steuern erhöht werden sollen oder nicht, ob ein Tanzvergnügen, eine Kinovorstellung usw. verboten werden soll oder nicht, u. dergl, kann man oft sehr verschieden beurteilen. Und daher wirken bei der Entscheidung über sie auch mehrere Faktoren mit, um nach Möglichkeit allen Beteiligten gerecht zu werden. Wie aber nun die betreffende Verwaltungsmaßnahme in der Praxis in die Tat umgesetzt wird, das beeinflußt die Stimmung der davon betroffenen Kreise oft weit mehr als die betreffende Maßregel überhaupt an sich. Und hier zeigt sich dann die wahre Kunst des Verwaltungsbeamten. Man kann sie umschreiben als die unbedingte Achtung vor der Persönlichkeit des andern. Der Beamte muß sich einfühlen in das ganze geistige Wesen des andern, er muß sich hineinleben in dessen Existenz, bei allem muß er sich gewissermaßen persönlich völlig aufgeben. Immer muß er sich fragen, was er wohl denken und fühlen würde, wenn ihm gegenüber eine derartige Verwaltungsmaßregel durchgeführt würde. Und aus diesem restlos einfühlenden Verständnis heraus wird er von selbst die richtige Form finden, die der Durchführung der betreffenden Verwaltungsmaßregel nach Möglichkeit jede persönliche Schärfe nimmt.

Das klingt alles selbstverständlich und einfach, und das ist es auch in Wirklichkeit! Aber wie sieht es damit in der Praxis zum großen Teil aus, auch heute noch! Sehr viele, namentlich von den älteren höheren Verwaltungsbeamten, suchen ihre Stärke in schneidigem Auftreten. Scharf und schroff behandeln sie das Publikum wie übrigens auch die Beamten und Angestellten, stets auf das Ängstlichste bedacht, ihre „Autorität“ zu „wahren“. Das „Volk“ soll zu ihnen aufblicken als zu etwas Höherem, sie allein wollen als Hüter des Hortes höchster Weisheit gelten. Ein derartiger Beamter betrachtet natürlich jede Volksvertretung, sei es nun Kreistag oder Stadtverordnetenkollegium, als einen Hemmschuh, eine Vereinigung unwissender Laien, die gerade gut genug sind, um zu allem, was ihnen ihr Verwaltungslicht vorschlägt, gehorsam Ja und Amen zu sagen. Bei dieser Schilderung sieht man deutlich den Einfluß des Militarismus im alten System. Auch beim Militär gibt's nur unbedingte Disziplin. Die Idee, so unentbehrlich und durchaus zweckmäßig sie für die besonderen militärischen Bedürfnisse ist, wurde leider auch auf das Gebiet der Verwaltung übertragen, wo sie großes Unheil anrichtete. Dem Götzen „Autorität“ (das ist nur ein anderer Name für „Disziplin“) wurde alles, schließlich auch das Wohl der Gesamtheit, geopfert. Das Volk hatte ebenso wie der militärisch Untergeordnete überhaupt keine eigene Meinung zu besitzen, es hatte nur blind zu gehorchen. Für das Volk denkt die Regierung, d. h. der Verwaltungsbeamte. Daß sich dieser dabei von den besten Absichten leiten ließ, ist bei der Gewissenhaftigkeit unseres Beamtentums natürlich selbstverständlich. Nur verkehrte eben die Art und Weise der Durchführung der einzelnen Maßnahmen in der Praxis leider die besten Absichten im Enderfolg in ihr Gegenteil. So hat die preußische Verwaltung in ihrem reaktionären Unverstand ununterbrochen das Volk als unmündig gegängelt und bevormundet. Bis dieses, im Sturm einer raschen technischen Entwicklung längst über den engen Horizont einer beschränkten Verwaltungsweisheit hinausgewachsen und mündig geworden, endlich die Ketten in der Revolution abwarf und beginnt, die Verwaltungsschulmeister hinwegzufegen. Aber hier heißt es wachsam sein, damit nicht unvermerkt sich der alte Feind, der zäh seinen Besitz verteidigt, wieder einschleicht.

Und daher haben Stadtverordnete und Kreistagsmitglieder in jeder Beziehung die Pflicht, die leitenden Beamten ihrer Behörde genau auf Herz und Nieren zu prüfen, ob sie sich auch für ihr Amt eignen oder ob sie wenigstens ihre Geschäfte so führen, wie das Wohl des Volkes mit Rücksicht auf die wahre Demokratie es fordert.

Private Wohlfahrtspflege für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene.

Nachdem durch Verordnung der Reichsregierung die Sorge für die Hinterbliebenen mit der Kriegsbeschädigtenfürsorge zu einer umfassenden Organisation verbunden ist, wird auch die Kriegervereinsorganisation berufen sein, nach den Vorschriften und im Rahmen dieser Verordnung bei der nunmehr reichsgesetzlichen Hinterbliebenenfürsorge mitzuwirken. Die Vorbereitungen hierzu werden zurzeit schon getroffen. Die Kriegerverbände und Kriegervereine sind von ihrer Zentralleitung angewiesen, ihre Vertretung bei den Hauptfürsorgestellen und bei denen der unteren Verwaltungsbehörden anzumelden, gleichzeitig aber auch, die Hinterbliebenen ihrer im Kriege gefallenen oder an Wunden oder Krankheiten verstorbenen Vereinsmitglieder zu Hinterbliebenenvereinigungen zu organisieren und deren Vertretung zu übernehmen, und auch andere Kriegshinterbliebene, sofern sie dies wünschen, zu diesen Vereinigungen zuzulassen. Diese vorbereitende Arbeit ist überall im Reiche im Gange. Neben dieser über den Rahmen der engeren Kriegervereinsorganisation hinausgehenden Tätigkeit werden die Kriegervereine aber auf das eifrigste bestrebt sein, ihre eigenen Mittel für die bedürftigen Hinterbliebenen ihrer Kriegskameraden zu erhöhen und möglichst viel für diese zu leisten. Diese Mittel, die von den Kriegervereinsmitgliedern aufgebracht werden, können bestimmungsgemäß nur für Vereinsangehörige verwendet werden. Mit dem Wachsen der Mittel der Vereine und der Kriegervereinsorganisation, die in den letzten Friedensjahren im ganzen Reiche 32 000 Vereine mit rund 3 Millionen Mitgliedern umfaßte, haben die für die Witwen- und Waisenfürsorge der Kriegervereine ausgegebenen Beträge große Summen erreicht.

Die Hinterbliebenenfürsorge der Kriegervereinsorganisation bildet nur einen Teil ihrer Tätigkeit; auch auf anderen Gebieten sozialer und wirtschaftlicher Fürsorge sind die Kriegervereine mit Erfolg bemüht, dem großen Kreis ihrer bedürftigen Mitglieder und dadurch auch der Allgemeinheit zu nützen.

Die Verordnung vom 8. Februar 1919, durch die das Reich die Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen übernommen hat, hat vielfach die Meinung aufkommen lassen, nunmehr sei die private Wohlfahrtspflege, die eine Reihe von Vereinen und Körperschaften zugunsten Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebener bisher betrieben haben, überflüssig geworden. Demgegenüber muß betont werden, daß im Gegenteil der § 1 des betreffenden Gesetzes ausdrücklich feststellt, daß die Mitarbeit der freien Wohlfahrtspflege bei der Fürsorge für die Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen nicht eingeschränkt werden soll. Es besteht somit für die private Wohlfahrtspflege kein Anlaß, ihre bisher betriebene segensreiche Tätigkeit einzustellen oder irgendwie einzuschränken. Die Aufgaben, die der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge erwachsen, sind so umfangreich und so vielseitig, daß die weitere Mitarbeit der freien Liebestätigkeit von den zuständigen Stellen, insbesondere vom Reichsarbeitsministerium, nur mit Dank begrüßt werden kann. Schon bisher haben zahlreiche Körperschaften und Vereine gemeinsam und Hand in Hand mit der amtlichen Fürsorgestelle gearbeitet. Die in dieser Beziehung gemachten günstigen Erfahrungen machen es den Beteiligten zur Aufgabe, die Zusammenarbeit immer enger und eingehender zum Wohle der Kriegsbeschädigten und der Kriegshinterbliebenen zu gestalten. So wenig deshalb auch nunmehr nach der gesetzlichen Regelung der Kriegsbeschädigten- und der Kriegshinterbliebenenfürsorge auf die Mitarbeit der privaten Wohlfahrtsvereinigungen verzichtet werden kann, so sehr erwächst der ganzen Bevölkerung die Pflicht, die guten und als zuverlässig anerkannten Wohlfahrtsvereinigungen mit allen Kräften zu unterstützen. Nur die Mitarbeit des gesamten deutschen Volkes — nicht nur einer Interessengemeinschaft — gibt die Möglichkeit, den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen so entgegenzukommen, wie es selbstverständliche Pflicht Deutschlands gegenüber den Opfern des Krieges ist.

Merseburg und Umgegend.

20. Mai.

(Weitere Lokalnachrichten siehe auch Hauptblatt.)

** **Totale Sonnenfinsternis am 29. Mai.** Die vollständige Sonnenfinsternis in den Mittagsstunden des 29. Mai mit einer Höchstdauer der Totalität von 6 Minuten 48 Sekunden kommt dem praktisch anzunehmenden Maximum von 7 Minuten schon so nahe, daß ihre wissenschaftliche Bedeutung daraus ohne weiteres erhellt. Leider fällt das günstigste Gebiet in den Atlantischen Ozean; bei uns wird von der Himmelserscheinung überhaupt nichts wahrzunehmen sein. Schon seit Jahresfrist sind Vorbereitungen zur Beobachtung derselben getroffen. Zur Verwirklichung dürften, soweit wir aus der englischen Presse etwas darüber erfahren, die britischen und amerikanischen Pläne gelangen. Die Amerikaner werden dem Vernehmen nach im „Pfefferland“ arbeiten, nämlich am Kap Palmos in Liberia, während die Engländer von zwei Stationen aus ihr Programm in Angriff nehmen wollen, die einen recht großen Zeitunterschied in den Beobachtungsterminen ergeben, nämlich von Brasilien aus und von der Prinzeninsel an der Westküste von Afrika. Es soll dabei versucht werden, festzustellen, ob nicht durch die Einwirkung der Sonnenmasse jene Ablenkung der Lichtstrahlen erfolgt, die in unmittelbarer Nähe des Tagesgestirns an diesem vorbeigehen. Die Entscheidung dieser Frage ist vom Standpunkte der Relativitätstheorie aus von hoher Wichtigkeit, die in Frage kommenden Beträge sind jedoch so gering, daß der Praktiker den Ergebnissen mit einigem Zweifel entgegensieht.

*

Bildungsabend.

Der 24. Bildungsabend, der letzten Montag stattfand, war außerordentlich zahlreich besucht, so daß am folgenden Abend eine Wiederholung eintreten muß. Es ist dies ein Zeichen, wie groß das Bildungsbedürfnis in unserer Bevölkerung ist und wie dankbar die Gelegenheit zur Förderung des Wissens und des Gemütlebens wahrgenommen wird. Die Erwartungen der vielen Zuhörer, die den letzten Bildungsabend besuchten, wurden wieder einmal aufs beste gerechtfertigt. Es waren wunderschöne Stunden, die sie dort in dem leider viel zu kleinen und engen Saale des „Herzog Christian“ verleben durften. Ein deutscher Tonmeister kam zu Worte, der, wie Professor Seele einleitend ausführte, ein treues, schlichtes Gemüt und ein reines Herz besaß: Karl Löwe. Für die Balladenkomposition ist er von größter Bedeutung geworden, ist er doch Deutschlands hervorragendster Tonschöpfer auf diesem Gebiete. Eine ganz neue Form hat er für die Ballade erfunden: in dem Aufsuchen und Beibehalten zweier oder dreier Motive sah er das Hauptziel, in der Durchführung des Motivs das Wesen der Ballade. Dabei kam es ihm immer auf das rechte Zusammenstimmen von Ton und Wort an, wie es später in noch viel bedeutenderem Maße ein Größerer getan hat, Richard Wagner. Den Hauptnachdruck legte Löwe auf die Durchführung des Charakteristischen. Wie das in seinen Balladen zum Ausdruck kommt, zeigte Professor Seele erläuternd an einigen Balladen: Edward und Erlkönig; die charakteristischen Stellen wurden gleichzeitig auch auf dem Klavier vorgeführt, so daß die Zuhörer aufs beste mit der Eigentümlichkeit von Löwes Schaffen bekannt gemacht wurden. Aus einem Motiv sollte das Ganze erwachsen. Dazu hat bei ihm das Klavier nicht nur die Rolle der Begleitung, sondern ist durchaus selbständig; es malt nicht bloß, sondern untermalt auch, es führt selbst die Handlung mit durch.

Mit einer großen Reihe von Löweschen Balladen wurden die aufmerksamen Zuhörer erfreut. Zuweilen ging dem Vortrag eine Erläuterung vorauf, die auf die musikalischen Feinheiten der Singstimme und der Klavierbegleitung hinwies. Viele Seiten aus der Ballade kamen zur Sprache: das Tragische in „Herr Oluf reitet spät und weit“, wunderbare Romantik zeigen „die verfallene Mühle“ und „Harald“; mehr heiterer Art sind „Schwalbenreise“, „Kleiner Haushalt“ und „Prinz Eugen“. Von packender Gewalt endlich sind „Archibald Douglas“ und „Odins Meeresritt“. Sie alle wußte Professor Seele aufs schönste vorzutragen, während Frau Dr. Schmidt in der Klavierbegleitung große Kunstfertigkeit und feines Verständnis an den Tag legte.

In das Wesen der Ballade führte ein der Vortrag des Oberlehrers Kaminski, der auch zugleich Nachrichten über Löwes Leben gab. Der Begriff „Ballade“ ist durchaus nicht feststehend, die Auffassungen darüber waren erheblichen Schwankungen unterworfen. Nach Goethe ist es jedes Gedicht, das nichts Subjektives enthält, sondern die Gefühle und Erlebnisse anderer zum Ausdruck bringt. Eine solche Auffassung paßt aber nicht für die Ballade, wie sie jetzt verstanden wird. Ursprünglich war sie ein Tanzlied, das von Tanzenden und Zuschauern zugleich gesungen wurde. Später erlangte sie eine selbständige Stellung. Von Italien kam sie nach Frankreich und England, wo man ihr eine bewegliche, dramatische Handlung gab. Die nordische Volksballade hat also lyrische, epische und dramatische Bestandteile. Ein solches Lied wurde im Süden Romanze genannt. Die Sänger des Südens behandelten aber andere Stoffe: Liebe und Ritterehre. In Frankreich wurde die Ballade schon im 17. Jahrhundert zum Kunstlied ausgebaut. Ihr und der Romanze sind gemeinsam, daß beide den Ansatz zur Erzählung haben. Der Unterschied besteht darin, daß die Ballade eine skizzierte Handlung enthält, die Romanze dagegen mehr Gewicht auf Lyrik und Form legt. In Deutschland ist die Ballade heimisch geworden durch Herder und hat durch Bürger große Förderung erfahren. Er schuf die deutsche Kunstballade. Schillers Balladen zeichnen sich durch edle Form aus und sind reich an Klangwirkungen. Zu klassischer Größe erhob sie Goethe, bei ihm tritt das Lyrische, Musikalische in den Vordergrund. Uhlands Balladen sind reich an Handlung. Und nun folgt die große Schar deutscher Balladendichter von Heine, Freiligrath, Geibel bis zu Fontane, Grün, Möricke und Börries von Münchhausen. Der Balladenkomponist hat anders zu arbeiten als der Liederkomponist; er muß empfinden können. Hier hat Karl Löwe Großes geleistet. Löwe ist ein Sohn unserer Heimat; 1769 wurde er in Löbejün als Sohn eines Lehrers und Kantors geboren. Sehr früh zeigten sich seine musikalischen Fähigkeiten. Nach Besuch der Schule und Universität zu Halle wurde er Musikdirektor und Organist in Stettin. Hier entfaltete er eine fruchtbare Tätigkeit. An die 400 Balladen hat er komponiert, dazu Opern und Oratorien. 1869 ist er in Kiel gestorben.

Zum Schluß sprach Oberlehrer Hemprich den Veranstaltern des Abends, die ihr Können und Wissen in den Dienst der Allgemeinheit gestellt haben, den herzlichen Dank der Zuhörer aus. Folgendes wurde noch bekannt gegeben: Der Leseabend am Mittwoch fällt aus. Sonntag den 25. Mai findet in Lauchstedt die Theatervorstellung statt, Abreise 1,30 Uhr mit der Bahn; als Ausweis dient der Theaterzettel. Am Montag den 26. Mai ist ein Lichtbildervortrag über die erdgeschichtliche Entwicklung des nördlichen Harzwaldes, seine Naturdenkmäler und Naturschönheiten.

Arme Liane.

Originalroman von H. Courths-Mahler.

48. Fortsetzung. (Nachdruck verboten.)

Sie wagte es nicht, ihn anzusehen.

„Graf Rastenau — ich bitte Sie — lassen Sie uns ein anderes Thema wählen.“

„Gleich, gleich! Nur eins muß ich Ihnen noch sagen, ich mag es jetzt nicht mehr verbergen. Ich floh vor Ihnen in Berlin, reiste früher ab als ich wollte, um es mir unmöglich zu machen, Sie wiederzusehen, weil ich fürchtete, meine Selbstbeherrschung zu verlieren. Meine Flucht hat mir nichts genützt — das Schicksal hat mich erreicht. Ich hätte Ihnen trotzdem nichts von meinen Gefühlen verraten, denn ich habe kein Recht, davon zu sprechen. Aber ich muß Sie warnen vor mir. Ich bin ja auch nur ein Mensch. Meine kluge Freundin Hanna hat Sie wohl auch warnen wollen. Sie hat so feine empfindliche Sinne. Vielleicht hat sie herausgefühlt — vorgestern abend — wie es um mich steht. Deshalb hat sie Ihnen wohl gesagt, daß ein Graf Rastenau ein unfreier Mensch ist.“

Liane trank seine erregten Worte in sich hinein. Fest prägte sie sich dieselben ein, um sie für alle Zeiten festzuhalten. Und zugleich hatte sie ein Gefühl, als müsse sie stark sein, nicht für sich, sondern auch für ihn.

„Ganz freie Menschen gibt es wohl nicht, Graf Rastenau, und auch nicht viele, die ein volles Glück erringen. Man muß sich bescheiden. Nach der Sonne kann man nicht greifen.“

„Geben Sie sich so leicht mit diesem Gedanken zufrieden?“ fragte er bitter.

Schmerzlich sah sie ihn an.

„Leicht? O nein! Aber ich habe lernen müssen, streng mit mir umzugehen. Ich habe in meinem Leben gelernt, mich zu bescheiden, wenn andere Menschen vor vollen Freudenbechern sitzen. Einsame Menschen, wie ich, gehen durch eine strenge Schule — keiner hilft ihnen tragen.“

Er stöhnte leise auf.

„Wie gerne täte ich es. Die Sterne vom Himmel möchte ich Ihnen holen. Fühlen Sie das nicht? brach es über seine Lippen.

Ehe sie antworten konnte, schreckte sie Komteß Steffies Stimme aus ihrer Versunkenheit.

„Hallo! Kommt Ihr endlich! Ich bin schon lange oben. Ihr kommt so langsam an wie alte Leute!“

So rief ihnen die Komtesse übermütig entgegen. Sie stand an der Fasanerie und sah lachend auf die beiden Menschen zurück, die auf diesem Wege ein so großes Erlebnis gehabt hatten.

Gewaltsam faßten sich Liane und Graf Detlev. Sie mußten jetzt um jeden Preis auf den munteren Ton der Komtesse eingehen. Sie taten es auch, aber einer wußte vom andern, wie schwer ihm das ankam. Sie vermieden es, sich anzusehen.

Scheinbar interessiert besichtigten sie die Fasanerie und stiegen dann zur Ruine hinauf. Es waren die malerischen Reste einer alten Burg. Und durch die noch gut erhaltene Umrahmung eines Fensters bot sich die herrliche Aussicht über bewaldete Berge und fruchtbare Täler, wie ein wundervolles Bild in einem Rahmen.

Schweigend standen die beiden jungen Menschen nebeneinander und sahen mit brennenden Augen hinab. Komteß Steffie sah Liane erwartungsvoll an.

„Nun — ist das schön? Hat sich der Aufstieg für Sie gelohnt, Fräulein Reinold?“

Liane nickte und ihre Augen glänzten feucht.

„Ja, Komtesse — bitte, lassen Sie mich noch ein Weilchen stumm genießen.“

Damit war Komteß Steffie zufrieden. Sie kletterte behend in der Ruine herum.

Graf Detlev blieb stumm bei Liane stehen. Ihr war, als sähe sie hinab in ein gelobtes Land. Das Glück hatte sie im Vorüberhuschen gestreift mit leisen Schwingen. Nun war es schon wieder entflohen.

Sie hörte die tiefen, schweren Atemzüge Graf Detlevs. Wie magnetisch angezogen wandte sie ihm ihr Antlitz zu. Eine Weile hingen die beiden Augenpaare ineinander, als könnten sie nie mehr voneinander lassen.

Dann nahten andere Menschen, und von draußen rief Komteß Steffie und mahnte zur Rückkehr.

Nun sie sich wieder einmal ausgelaufen hatte, drängte es sie zu Hans Wachau zurück. Und auch bergabwärts lief sie wieder ein Stück voraus.

Graf Detlev sah Liane unruhig an. Sie sah blaß und erregt aus. Eine tiefe Trauer lag auf ihren reinen Zügen.

„Zürnen Sie mir, mein gnädiges Fräulein, daß ich Ihnen das alles gesagt habe? fragte er.

Sie schüttelte den Kopf.

„Warum sollte ich Ihnen zürnen?“

„Ich habe Sie traurig gemacht.“

„Nein — nicht Sie. Es war das Schicksal. Ich werde mich aber nicht lange davon niederdrücken lassen. Auch Sie sollen es nicht tun. Man muß nicht Unerreichbarem nachstreben. Das Leben hat noch andere Werte, um die es sich lohnt, zu leben — zumal für Sie.“

Er zog die Stirn zusammen.

„Sorgen Sie sich nicht um mich. So süß es auch für mich ist, zu wissen, daß Sie es tun — ich will und muß damit fertig werden. Ich weiß nur nicht, wie ich es ertragen soll, Sie zu sehen und Sie doch zu meiden.“

Sie sah traurig ins Weite.

„So muß ich Brinkenhof verlassen“, sagte sie leise.

Er erschrak.

„Nein — um keinen Preis! Die Sorge um Sie würde mich erdrücken. Nein, nein — seien Sie ganz ruhig, es ist unrecht von mir, Sie zu beunruhigen. Wenn ich es nicht ertragen kann, mit meinen heißen Wünschen in Ihrer Nähe zu leben, dann gehe ich fort von Greifenberg. Mein Onkel hat noch mehr Güter, eins davon liegt in Schlesien. Ich werde ihn bitten, mich dorthin gehen zu lassen. Sie müssen bleiben, wo Sie sind. In Brinkenhof weiß ich Sie gut aufgehoben. Und das wird mein einziger Trost sein, den Sie mir nicht rauben dürfen.“

Jetzt blieb Komteß Steffie stehen und hing sich an Detlevs Arm. So konnten die Liebenden kein Wort mehr wechseln, das sie nicht hören durfte. Scheinbar harmlos plaudernd kamen sie im Kurhotel an.

Hanna sah ihnen ein wenig unruhig entgegen Und ihr entging weder der düstere Ausdruck in Graf Detlevs Augen, noch der feine Schmerzenszug um Lianes Mund.

Diese wurde nun von allen Seiten gefragt, wie ihr die Fasanerie und die Aussicht von der Ruine gefallen habe.

Sie gab im gezwungen munteren Tone Auskunft.

Während ihrer Abwesenheit war der Tisch abgeräumt und eine Bowle aufgetragen worden mit den ersten Thüringer Walderdbeeren.

Herr von Brinken braute sie selbst und füllte die Gläser.

Die Baronin Wachau fröstelte leicht und rief den Kellner heran.

„Bitte schicken Sie doch auf mein Zimmer und lassen Sie meiner Gesellschafterin sagen, sie möge so freundlich sein, mir ein Tuch zu bringen.“

Das hatte Frau von Brinken gehört.

„Ich wußte gar nicht, daß Sie Fräulein Schlegel mit hier haben, liebe Baronin. Wir hätten sie ja längst hierherkommen lassen können,“ sagte sie.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190521-16/fragment/page=0005

Ein Wohnhaus
m. Stallung u. 1 Mrg. Feld
gut verzinslich, Preis 10000 M., 2000 M. Anzahlg., in Dürrenberg sofort zu verkaufen.
Anfragen an
F. Meinhardt, Kötschau.

Geld in jeder Höhe monatl. Rückzahlung verleihen sofort
H. Blume & Co., Hamburg 5.

Blaues Sommerkleid
zu verkaufen Teichstraße 19.

Wenig getragener
Sommer-Anzug
grau gestreift, Friedensware, für untersetzte, kräftige Figur,
1 Filzhut
(Größe 54) zu verkaufen
Kleine Ritterstraße 13, pt. r.

Sofort zu verkaufen: fast neues warmgefüttertes schw.
Winter-Jackett.
Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Ein Auto-Mantel, ein Winter-Mantel, ein Anzug für mittlere Person zu verkaufen
Milchinsel 1.

2 Paar hohe Damenschnürstiefel
(Gr. 36 und 38) zu verkaufen.
Wo? sagt die Exped. d. Bl.

Ein Paar neue Infanterie-Stiefel (Gr. 27) verkauft ums Meistgeb. A. Ebhardt, Friedrichstraße 18, Hinterh.

1 Paar getragene Halbstiefel
(Größe 37), neu besohlt, da zu klein geworden, zu verkaufen.
Angeb. unt. „Halle“ a. d. Exp. d. Bl.

Hausschuhe (Gr. 38), Herrenschuhe (neu, Gr. 40) zu verkaufen.
Näheres Kl. Ritterstr. 14, I.

Kinderschuhe
neu, Gr. 34, zu verkaufen
Kreuzstraße 5, 2 Tr.

Weiß lein. Bettwandschoner, Überhandtuch, Wandschoner, u. Bettasche, rot gest., bill. z. verk. Ob. Breite Str. 9.

Flotter Backfischhut
zu verkaufen Tiefer Keller 5.

Ein fast neuer, schwarzer **Bordenhut** zu verkaufen oder gegen einen weißen umzutauschen. Zu erfragen in der Exped. d. Bl.

Weisser Bordenhut für Mädch. von 8–12 Jahren preiswert zu verkaufen
Gotthardtstraße 14, 2 Tr. r.

Heller Kinderwagen und Klappstuhl zu verkaufen
R. Brückenrain 15, pt. l.

Ein guterhalt. Klappsportwagen m. Verdeck zu verkaufen
Johannisstr. 12, 2 Tr. r.

Bettstelle mit Matratze
zu verkaufen Leipziger Str 79 b

1 großer Schrank
ist zu verk. Unt.-Altenburg 29.

Ein guterhalt. Sprechapparat
ist zu verkaufen
Weiße Mauer 11, Hof.

Zu verkaufen:
1 Violine, 1 Paar neue, mod. Langstiefel (Nr. 41), 1 Strohhut.
Zu erfragen in der Exp. d. Bl.

Regenwasser-Tonnen
gibt billig ab Städt. Lebensmittelverteilung, Große Ritterstraße 5. L A II 1398/19.

Ein gebraucht., sehr gut erhalt.
großer Füllofen
(passend für große Räume) steht zum Verkauf Hallesche Str. 27.

Glucke mit Küchen
zu verkaufen Roter Feldweg 8.

2 Ziegen und 2 Ziegenlämmer
zu verkaufen. Baumann, Gotthardtstraße 30.

2 Kaninchen-Häsinnen, gedeckt und einige Hauslämmer
zu verkaufen Leuna 43 a.

Schülergeige
zu kaufen gesucht
Margaretenstraße 1.

Reisekorb
mittelgroß, zu kaufen gesucht.
Off. unt. S 50 an die Exped. d. Bl.

Reithose,
auch Militärreithose, zu kaufen gesucht. Gefl. Offert. unt. „Eleve“ zu richten an die Exped. d. Bl.

Gehrock
gut erhalten, zu kaufen gesucht. Werte Offerten bitte unter 100 an die Exped. d. Bl.

Guterh. Pianino zu kaufen gesucht.
Gefl. Off. mit Preisang. unter „Pianino“ an die Exp. d. Bl.

Guterh. Briefmarkensammlung
zu kaufen gesucht. Off. unter „Marken 500“ a. d. Exp. d. Bl.

Cinophon-Theater
Fernruf 215 ∴ Große Ritterstraße 1 ∴ Fernruf 215

Ab Dienstag bis Donnerstag:

Carmen

Schauspiel in 6 Akten nach der Novelle des Prosper Merrimé, für den Film
:•: bearbeitet von Hans Kräly. :•:
In der Hauptrolle Pola Negri.

Überall mit größtem Erfolg und vor ausverkauften Häusern vorgeführt! ∴ ∴

Außerdem das Beiprogramm!!!

Hammellämmer verkauft
Domäne Leitin
bei Halle a. S

100 Stück
Hand-Leiterwagen,
2- und 4-rädrig. verkäuflich Wiederverkäufer Rabatt.
Bönicke, Halle, Göbenstr. 23.

Futter-Rüben
verkauft
Frau Gaudernack,
Johannisstraße.

Elektromotore / / Kupferleitungen / Schreib-Maschinen
kauft C. Bönicke, Halle a. S., Göbenstraße 23.

Ausgekämmtes
Damenhaar
kauft höchstzahlend
Alfr. Kluge, Bahnhofstr. 8a

Brennesseln und Disteln
kauft
Kleiststr. 12, 1 Tr.
und Gotthardtstr. 13, 2 Tr. r.

Auf zur Kreistagswahl!

Das Fundament konservativer Vorherrschaft ruht in der Kreisordnung Von hier aus laufen die Fäden in das ganze politische Arbeitsgebiet.

Wollen wir diesen festgefügten Bau brechen, dann muß

die Zusammensetzung der Kreistage,
die Zusammensetzung der Kreisausschüsse

endlich auf der Grundlage **des gleichen Rechts für alle** erfolgen Die bisherige Vorherrschaft des Großgrundbesitzes muß ausgeschaltet und an ihrer Stelle muß

die Mitarbeit des Bauernstandes,
die Mitarbeit aller Kreiseingesessenen

durchgeführt werden. Das ist das vornehmste Ziel der am 25. Mai, von vormittags 9 bis nachmittags 5 Uhr im Kreise Merseburg stattfindenden **Kreistagswahlen.**

Was wußte der einzelne Steuerzahler bisher über die Höhe der von ihm gezahlten Kreissteuern? **Nichts!** Nur den Besitzern von Rittergütern, die einen eigenen Gutsbezirk bildeten, war bekannt, wieviel sie für ihren Gutsbezirk an Kreissteuern aufzubringen hatten.

Welchen Einfluß hatte der einzelne Kreisinsasse bisher auf die Verwendungsart der Kreissteuern? **Keinen!** Die bisherige Wahlordnung machte jede Kontrolle unmöglich, da die Wahlen sozusagen unter Ausschluß der Oeffentlichkeit stattfanden.

Bei der Anlage von Wege- und Bahnbauten aus Kreismitteln wurden Wünsche und Sonderinteressen einzelner Gruppen, besonders der Großgrundbesitzer dem Interesse der Allgemeinheit vorangestellt.

Was nützten in den meisten Fällen Beschwerden der Gemeinden? Die Entscheidungen des Kreisausschusses **schädigten fast ständig die Gemeinden** zum Nutzen Einzelner.

Nur eine andere Zusammensetzung der Kreistage

kann hierin Wandel schaffen.

Die Tätigkeit des **Kreistages** und insbesondere des **Kreisausschusses** greift tief in die persönlichen Interessen des Einzelnen ein. Sie erstreckt sich unter anderem auf

die Ausübung der Jagdpolizei und die Regelung der Jagdpachtangelegenheiten.
die Gewährung und Verweigerung der Schankerlaubnis,
die Aufbringung und Verteilung der Kreissteuer,
die Fürsorge für einwandfreie und menschenwürdige Wohnungen,
die Errichtung und Erhaltung von Wegen und Chausseen,
die Entscheidung bei Streitigkeiten zwischen Gemeindevorstand und Gemeinde,
den Schutz der Kreiseingesessenen in ihren Rechten gegenüber Willkürakten der Behörden.

Zu den Obliegenheiten des Kreistages gehört insbesondere auch das Vorschlagsrecht zur **Bestellung der Amtsvorsteher** und zur Besetzung eines erledigten **Landratsamtes.**

Der Kreistag wählt auch die auf den Kreis entfallenden Abgeordneten zum **Provinziallandtag.**

Alle diese Aufgaben dürfen in Zukunft nicht mehr einer kleinen Anzahl Bevorzugter überlassen bleiben, sondern: **Gleiches Recht für Alle! Freie Bahn jedem Tüchtigen** müssen auch für die Arbeiten der Kreistage und Kreisausschüsse gelten.

Jetzt können und müssen die Fundamente konservativer Vorherrschaft gebrochen **werden.** Kreisordnung und Kreistag müssen dem demokratischen Geist einer neuen Zeit angepaßt und die unberechtigte **Klassenherrschaft der Großgrundbesitzer** beseitigt werden. Die Wahlen zu den Kreistagen bieten hierzu Gelegenheit. Diese wahrzunehmen ist **jedermanns** Pflicht.

Auf jede Stimme kommt es an!

Wählt Männer, die Eure Lebens- und wirtschaftlichen Bedürfnisse kennen und die gewillt sind, für das Wohl des Kreises und seiner Bevölkerung zu sorgen und zu arbeiten!

Von der **deutschen demokratischen Partei** (Kreisverein Merseburg) ist folgende Kandidatenliste aufgestellt worden:

1. Gutsbesitzer Rudolf Burckhardt, Cröllwitz.
2. Landwirt Alfred Schumann, Bothfeld.
3. Malermeister August Fricke, Passendorf.
4. Lehrer Albert Kitzing, Zitzschen.
5. Landwirt Franz Schlegel, Meuschau.
6. Sekretär Oskar Haaring, Papitz b. Schkeudi
7. Mühlenbesitzer Otto Traue, Holleben.
8. Bäckermeister W. Titzmann, Kötzschau.
9. Landwirt Hermann Hesselbarth, Zöschen.
10. Käsefabrikant Karl Schaffernicht, Schotterey.
11. Landwirt Albin Poppe, Caja.
12. Hauptlehrer Louis Bachstein, Teuditz.
13. Landwirt Franz Fritzsche, Trebnitz.
14. Eisenbahnassistent Paul Stiebing, Porbitz.
15. Fleischermeister Franz Bauermann, Keuschberg.
16. Landwirt Bernhard Götze, Dörstewitz.
17. Lehrer Feodor Biebach, Schotterey.
18. Kaufmann Th. Heller, Kolonie Rössen.
19. Fleischbeschauer Paul Rohle, Zöschen.
20. Landwirt Oswald Naundorf, Starsiedel.
21. Gemeindevorsteher Bernh. Kellermann, Blösien.
22. Landwirt Franz Schumann, Ragwitz.

Wähler und Wählerinnen des Landkreises Merseburg! Tut auch am Sonntag den 25. Mai Eure Pflicht, wählt auch bei der Kreistagswahl demokratisch. Keiner darf fehlen. Auch die Nichtwähler müssen ihre Pflicht erfüllen.

Der Ausfall der bisherigen Wahlen hat klar erwiesen, daß unter den nichtsozialdemokratischen Parteien nur die deutsche demokratische Partei Einfluß auf die Geschicke unseres Vaterlandes ausüben kann. Wer also seiner Stimme Geltung verschaffen und sich nicht selbst ausschalten will, der wähle nicht deutschnational, sozialdemokratisch sondern die

deutsch-demokratische Vorschlagsliste.

Die deutsch-demokratische Partei, Kreisverein Merseburg.

Kammer-Lichtspiele!

Heute Dienstag bis Donnerstag:
Dr. Hamsons Lebenswerk!
Spannendes Abenteuer des berühmten Detektivs Harry Higgs. Hans Mierendorff als Harry Higgs.
... und hätte der Liebe nicht!
Ergreifendes Seelendrama in 4 Akt. In der Hauptrolle die reizende und beliebte Künstlerin Ally Kolberg.
Teddy im Schilderhaus!!
Tolles Lustspiel in 2 Akten.
Anfang 7½ Uhr.

Circus Adolf Maine.

Heute, Dienstag, abend 8 Uhr,
Gr. Brillantvorstellung mit dem riesigen aus 16 Attrakt. best. Schlagerpr.

Zum ersten Male **Der weiße Fakir!**
Trotz größten Bewunderns und Aufmerksamkeit ist es dem Publikum ein noch nicht gelöstes Rätsel. Daher
— kommen, sehen und staunen! —

Mittwoch nchm 4 Uhr, Vorstellung z halb Preisen.
Mittwoch, 21. Mai, abends 8 Uhr, **Große Komiker-Vorstellung.**

Vorverkauf im Zig. Gesch. Brendel — Vorverkauf im Zig. Gesch. Brendel

Tivoli.

Morgen, Mittwoch, 21. Mai, 7½ Uhr abds.
Einmaliger
Lustiger Abend
von
Curt Wilcke
dem gefeierten Liebling des Stadttheaters Halle.
Heitere Vorträge und lustige Lieder zur Laute.
Curt Wilcke erzielte mit seinen Lustigen Abenden überall nur ausverk. Häuser.
Preise der Plätze:
2,50 M., 1,75 M, 1 M. Vorverkauf bei Frahnert, Ritterstraße

Sägespäne zu Streuzwecken und Brennholz gibt laufend ab Dampfsägewerk Frohburg, Leipzig-G., Blumenstr. 1 I.

Großer Posten
Waschstoffe
f. Kleider u. Blusen.
Rud. Krämer, Merseburg,
Christianenstr. 7. Telef. 444.

Ich warne
ganze und zerbrochene künstliche Zähne sowie
GEBISSE
nicht wegwerfen, da ich dieselben zu allerhöchsten Preisen auch von Händlern ankaufe. Anzutreffen nur **Donnerstag den 22. Mai** im Hotel **„Goldene Sonne“** 1. Stock (Zimmer ist angeschrieben).
(Für Platin vergüte Tageskurs).

Altes Silber
zu den höchsten Preisen, auch ungültige Taler, Stück 4 Mk., kauft
Erich Heine,
Goldschmied,
Burgstraße 10.

Pferde
zum Schlachten
kauft
Arthur Hoffmann,
Brühl 6,
Roßschlächterei,
Fernruf Nr. 264
Inhaber der Erlaubnis zum Ankauf v. Schlachtepferden.

Gemüsepflanzen
verkauft
Gemüsebau Rischmühle.

Salat u. Spinat
verkauft
H. Semmler, Michels Gärtnerei,
Friedrichstraße 38.

Spargel.
Albert Trebst,
Blumenhandlung, Entenplan 3.
Fernruf 475

Beamten-Wirtschafts-Verein.
Spargel
(täglich frisch).
Muschelfleisch.
Es wird wiederholt an Abholung der Satzungen u. Kontobücher erinnert.

Prima Braunschweiger
Spargel
frisch eingetroffen und empfiehlt billigst
Paul Näther Nachf.
Fernruf 343.

Korbmöbel
liefert billigst. Photographien franko zur Ansicht.
Rich. Dunkler,
Weißenfels/S., Gutenbergstr. 1.

Frauenleiden
Kranken Frauen und Mädchen teile ich unentgeltlich mit, wie ich in kurzer Zeit von meinem hartnäckigen Leiden (Weißfluß) geheilt wurde.
Frau L. Kamprath, Berlin, Elsasserstraße 54.

Herrensocken
(Macco), linksrh. Ware, in schwarz und farbig.
Frz. Hildebrandt,
Kleine Ritterstraße 13.

Reinleinener
Drell
zu Rolltüchern usw. und
blau Schürzenleinen
eingetroffen!
H. Taitza,
Neumarkt 18.

Fuhren
aller Art
wie Kohle, Sand, Asche usw. besorgt
Emil Jentsch,
Neumarkt 76.

Solide, billige
Maler-Arbeiten
liefert
Weber, Dekorat.-Maler,
Hirtenstraße 7.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190521-16/fragment/page=0006

Merseburger Korrespondent

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis: Vierteljährlich 3,10 Mk.: durch den Boten frei ins Haus 3,30 Mk.; durch die Post 3,30 Mk. ausschl. Bestellgeld; durch unsere Vertreter auf dem Lande 3,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Geschäftsstelle: Kleine Ritterstr. 3.

Neueste Nachrichten für Stadt und Kreis Merseburg

Anzeigenpreis: Für die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pf., im Reklameteil 1,00 Mk., Schiffreiseanzeigen und Nachweisungen 30 Pf. mehr. Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. Schluß der Anzeigen-Annahme: 9 Uhr vormittags. :—: Telefon Nr. 324. :—:

Nr. 109 — Mittwoch, den 21. Mai 1919. — 45. Jahrg.

Versailles und St. Germain.

In Versailles geht die Tragödie ihrem Höhepunkt entgegen. In St. Germain en Laye beginnt ein neues Spiel mit dem gleichen Inhalt. Nicht sonderlich geistreich ergeht sich der Verband in Wiederholungen und läßt auch die österreichischen Vertreter warten. Die Verhandlungsabordnung, an deren Spitze der Staatskanzler Dr. Renner steht, hat ebenfalls eine ungeheuer schwere Aufgabe zu verrichten, die vor allem andern zwei Hauptfragen aufweist: die Frage des Anschlusses an das Deutsche Reich und die der territorialen Abgrenzung gegen die Tschecho-Slowakei, Ungarn und Italien. Die Lage der österreichischen Vertreter ist weiterhin besonders schwierig, weil die Gegner Deutsch-Österreich und dem magyarischen Ungarn alle Last und Verantwortlichkeit aufbürden wollen, die sich aus der Niederlage des Gesamtreiches ergeben. Die „siegreichen" Teile der ehemaligen Monarchie, die Tschechen, Kroaten, Slovenen und Polen wollen nicht nur ihre politische Unabhängigkeit, sondern sie verlangen auch noch finanzielle Vorteile.

Über von allen Fragen, die in St. Germain behandelt werden, steht die Anschlußfrage im Vordergrunde. Die Deutsch-Österreicher sind fest entschlossen, auf dem Recht der Selbstbestimmung unter allen Umständen zu bestehen. Sie lassen sich weder durch Widerstände im eigenen Lande hindern, weder durch die Umtriebe gewisser Finanzkreise, noch durch die einer ententistischen habsburgischen Sippe, die als Hetzorgan die „Agence centrale" in der Schweiz geschaffen hat. Die Unterhändler Deutsch-Österreichs sind fest entschlossen, auch gegenüber äußeren Einwirkungen unbedingt am Selbstbestimmungsrecht festzuhalten. Daß das Kabinett Clemenceau wütendster Gegner des Anschlußgedankens ist, dürfte bekannt sein, ebenso bekannt aber auch, daß Clemenceau und seine Helfershelfer alle Mittel aufbieten werden, um den Anschluß zu hintertreiben. So begrüßt der Auguste Gauvin in einem Artikel des „Journal des Debats" die Österreicher in einer überaus gefälligen Weise. Es mag hervorgehoben werden, daß auch Gauvin einer der Hauptmitarbeiter der „Agence centrale" ist.

Am letzten Sonntag haben die Deutsch-Österreicher auch in Berlin ein ergreifendes Treuegelöbnis abgelegt, bei dem unter anderen Ludo Hartmann, der österreichische Gesandte, wiederum für den Anschluß eintrat. Im Namen der Reichsregierung stellte sich auch Ministerpräsident Scheidemann auf den gleichen Standpunkt, indem er das Wort ausrief: „Deutsche gehören zu Deutschen!" Reichspräsident Ebert gedachte in seiner Ansprache besonders der dreieinhalb Millionen Deutschen in Nordböhmen und in den anderen Sudetenländern, ferner der Deutsch-Tiroler, denen ebenfalls Gefahr droht. Wir wissen, daß wir materielle Vorteile von Deutsch-Österreich zurzeit nicht zu erwarten haben. Die Hoffnung auf Erfüllung solcher Wünsche wird auch Deutsch-Österreich nicht hegen. Wenn aber jetzt in Deutsch-Österreich der Anschlußgedanke immer mächtiger wird, so aus dem Grunde, weil wir ohne einander nicht mehr leben können. Wir bringen als Hochzeitsgut zur Berge von Schulden mit. Aber die Anschlußfrage ist keine Frage finanzieller Zweckmäßigkeit, sondern die einer geschichtlichen Notwendigkeit.

Die Friedensverhandlungen.

Die Vorbereitungen der deutschen Antwort.

Die Minister Dernburg und Wissell sind gemeinsam mit dem Unterstaatssekretär Toepfer am Sonntag abend von Spa abgereist und wurden am Montag nachmittag in Berlin zurückerwartet. Als Zweck ihrer Reise wird von amtlicher Seite bezeichnet, daß sie diejenigen Teile der deutschen Antwortnote, die bisher vom Kabinett durchberaten worden sind, vor ihrer endgültigen Festlegung mit dem Grafen Brockdorff-Rantzau besprechen sollten, so daß sie vielleicht schon am Montag endgültig das Kabinett passieren könnten.

Was einzelne ausländische Zeitungen über den Inhalt der deutschen Gegenvorschläge mitteilen, ist reine Kombination. Die deutsche Regierung hat, wie bereits bekannt, fünf Unterausschüsse eingesetzt, um die einzelnen Bedingungen unserer Gegner zu prüfen und Gegenvorschläge zu machen. Eine einheitliche Antwort aber ist daraus bisher noch nicht fertiggestellt. Es ist im Augenblick überhaupt zweifel- [illegible] nnen, um am Donners- [illegible] n. Neben dem Grafen [illegible] ück ist auch Professor [illegible] deutsche Delegation in [illegible] zu unterstützen. [illegible] gation eine Reihe von [illegible] ren technische Behand- [illegible] unserer Gegenvorschläge [illegible] ch die Zustimmung des [illegible] er territorialen Fragen [illegible] ingen und die be- [illegible] tsgründe und den Um- [illegible] üche, eine vierte end- [illegible] m im feindlichen [illegible] Clemenceaus Antwort [illegible] Vorbereitung. [illegible] sberts wieder in [illegible] der Delegation, welche [illegible] d Montag mittag 12½ [illegible] trafen ein: Direktor [illegible] Sachverständiger für die [illegible] ändiger für die Binnen- [illegible] und Landsberg sind [illegible] ngekehrt. [illegible] sdelegierten. [illegible] nzeiger" berichtet aus [illegible] ischen Presse, daß Mei- [illegible] Delegation über die Frage der Unterzeichnung oder Nichtunterzeichnung der Bedingungen bestehen, daß alle fünf Delegierten entschlossen sind und bleiben, den Vertrag, wenn er nicht in wesentlichen, den verbündeten Mächten durch Noten bereits bekannt gegebenen oder noch bekannt zu gebenden Punkten geändert werde, nicht zu unterzeichnen, und daß auch alle Sachverständigen ohne Ausnahme ihre Ämter niederlegen und jede Verantwortung ablehnen würden, wenn etwa andere Delegierte sich finden sollten, die bereit wären, zu unterzeichnen.

xrite colorchecker CLASSIC

Neueste Nachrichten.

Die Uebergabe der Gegenvorschläge.

Berlin, 20. Mai. (Priv.-Telegr.) Das Reichskabinett ist heute vormittag 11 Uhr zu einer Sitzung zusammengetreten. Zur Beratung stand wieder die Friedensfrage. Der gesamte Komplex der deutschen Gegenvorschläge, die einen Gegenentwurf gleichkommen, ist von der Regierung aufgestellt und bereits gestern nach der Sitzung an die deutsche Delegation nach Versailles übersandt worden. Wenn, was anzunehmen ist, die deutsche Delegation in Versailles der Regierung in Berlin keine Abänderungsvorschläge machen wird, dann werden die Vorschläge am Donnerstag den 22. d. M., nachmittags 3 Uhr, durch die Vermittlung des Oberst Henry an Clemenceau überreicht werden.

Freitag den 23. Mai wird dann der kritische Tag sein, wo wir hören können, ob Aussicht besteht, daß der Friedensvertrag geändert wird. Man ist im Augenblick nicht klar, wie sich die Feinde hierzu stellen. Man rechnet in Berlin und Versailles durchaus mit der Möglichkeit, daß die Alliierten die deutschen Gegenvorschläge doch nicht genügend berücksichtigen und daß dann die Verhandlungen ein rasches Ende finden. Das Reichskabinett hat sich in der letzten Sitzung dahin geeinigt, daß in diesem Falle die Unterzeichnung der Friedensbedingungen verweigert werden wird. Zwischen der deutschen Delegation und dem Kabinett herrscht vollständige Übereinstimmung.

Den Fraktionsführern ist der Inhalt der deutschen Gegenvorschläge in einer vertraulichen Besprechung bekannt gegeben worden und hofft man, daß man diesen Entwurf nach der Überreichung am Donnerstag abend der Presse zur Verfügung stellen kann.

Berlin, 20. Mai. (Priv.-Telegr.) Die Übergabe der deutschen Gegenvorschläge kann am Donnerstag noch nicht erfolgen, da die Alliierten gleichzeitig die Schriftstücke in französischer Sprache fordern. An der Übersetzung wird noch gearbeitet.

Berlin, 20. Mai. (Priv.-Telegr.) Gerüchte besagen, daß Ministerpräsident Scheidemann Graf Brockdorff-Rantzau ersetzen, nach anderen Nachrichten wenigstens an den Verhandlungen in Versailles teilnehmen soll. Diese Meldungen sind, wie uns von informierter Seite mitgeteilt wird, glatt erfunden.

Unannehmbar.

Versailles, 20. Mai. (Priv.-Tel.) Bei den am Sonntag in Spa zwischen Dr. Dernburg, Graf Brockdorff-Rantzau, Wissell und Südekum und den Finanz- und Wirtschaftssachverständigen aus Versailles und Berlin stattgehabten Besprechungen wurde übereinstimmend beschlossen, daß der Friedensvertrag in der jetzigen Form unannehmbar ist, daß weiterhin, daß durch Verhandlungen ein dauerndes Friede der Gerechtigkeit geschlossen werden kann.

Neutrale Zone in Norddeutschland?

Bern, 20. Mai. Der „Temps" veröffentlicht folgende Mitteilung: Außer den Vorschriften, die über Schleswig bereits veröffentlicht worden sind, glauben wir zu wissen, daß der Vertrag noch die Schaffung einer neutralen Zone vorsieht, die sich von nördlich Flensburg bis südlich Hamburg und von Osten nach Westen in einer Linie erstreckt, die von Stettin bis westlich Hamburg reicht. In dieser ganzen Zone muß sich Deutschland ungefähr die gleichen Beschränkungen gefallen lassen, wie sie auf dem linken Rheinufer zu beobachten sind. Es darf weder Festungen errichten, noch Garnisonen halten. Aus dieser Klausel geht auch hervor, daß die Häfen von Stettin und Hamburg beide in diese neutrale Zone einbegriffen sind.

Balfour amtsmüde?

Versailles, 20. Mai. (Priv.-Telegr.) Aus London wird gemeldet, daß Minister Balfour die Absicht habe, nach Friedensschluß zurückzutreten.

„Revanche".

Paris, 20. Mai. (Priv.-Telegr.) Die Alliierten haben die Antwort auf die Note des Grafen Brockdorff-Rantzau bezüglich des Wiederaufbaues, der Entschädigungen usw. beantwortet und führen aus, daß die Deutschen 1870/71, obwohl Napoleon III. abgedankt habe, die Franzosen für den Krieg und seine Folgen verantwortlich machten. Ebenso sei bei den Friedensabschlüssen von Brest-Litowsk und Bukarest verfahren worden.

Neue Kämpfe in Kurland.

Libau, 20. Mai. (Priv.-Telegr.) Mit dem Eintritt der warmen Tage haben die Sowjettruppen ihre Operationen gegen das Baltikum wieder aufgenommen. Am Dienstag haben die Kämpfe auf der ganzen Linie wieder eingesetzt.

Blutiger Kampf bei Smyrna.

Konstantinopel, 20. Mai. (Havas.) Als die griechischen Truppen Sonntag abend spät bei Smyrna landeten, wurden sie mit Gewehrfeuer aus dem türkischen Lager empfangen; an Toten zählt man 300 Türken und 100 Griechen. Die griechische Bevölkerung nimmt eine feindselige Haltung an; die Türken haben Massenkundgebungen veranstaltet. Die Lage gilt als außerordentlich schwierig.

Reichswehrminister Noske über den Friedensvertrag.

Der Berliner Korrespondent des „Temps" hatte bei zufälliger Begegnung eine Unterredung mit Noske, der erklärte, wenn Europa nicht fortgesetzt beunruhigt sein solle, müsse man Deutschland eine größere Anzahl Truppen zugestehen, als der Friedensentwurf vorsehe. Diesen Standpunkt hätten auch amerikanische Offiziere vertreten, denen er jüngst Aufschluß über die augenblickliche Truppenstärke Deutschlands gegeben habe. Was jetzt Deutschland zugebilligt worden sei, seien zwei Drittel dieses auch von den Amerikanern anerkannten Minimums. Auf die allgemeinen Friedensbedingungen übergehend, sagte er: Wenn man einem Industriestaat seine wesentlichen Produktionszentren wegnimmt, macht man ihm das Leben unmöglich und er muß über kurz oder lang zugrunde gehen. Man könne einem Volke nicht zumuten, Bedingungen zu erfüllen, durch die es vernichtet werde. Noske sieht einen Ausweg nur darin, daß alle Nationen sich zu gemeinsamer Arbeit vereinigen und ein gegenseitiges, genau festgesetztes gemeinsames Arbeitsprogramm feststellen. Dann könne auch die deutsche Industrie arbeiten und Deutschland sei in der Lage, Nordfrankreich wieder aufzurichten.

Ministerkonferenz beim ostpreußischen Provinzialrat.

Sonntag vormittag fand in Königsberg zwischen dem preußischen Ministerpräsidenten Hirsch, den Ministern Braun und Heine einerseits und den Mitgliedern des ostpreußischen Provinzialrates, sowie dem Oberpräsidenten v. Batocki andererseits eine wichtige Konferenz statt, in der u. a. die allgemeine Volksstimmung der Provinz über die innenpolitischen Friedensbedingungen der Entente besprochen wurde, in der zum Ausdruck kam, daß der größte Teil der Arbeiterschaft Ostpreußens hinter der Regierung stehe.

Neue Geheimsitzung des Friedensausschusses.

Der Friedensausschuß der Nationalversammlung ist für Montag nachmittag 6 Uhr zur Entgegennahme besonders vertraulicher Mitteilungen eingeladen worden. Die Einladung erfolgte, wie wir hören, nicht durch den Präsidenten des Ausschusses, sondern durch die Reichsregierung. Zuhörer aus den Kreisen der Abgeordneten sind wieder nicht zugelassen. Es handelt sich offenbar um die Vorlegung und Durchberatung der deutschen Gegenvorschläge, die am nächsten Donnerstag von der deutschen Delegation in Versailles überreicht werden sollen.

Der Papst für Milderung der Friedensbedingungen.

Wie die „Schlesische Volkszeitung" erfährt, hat der Fürstbischof von Breslau auf seine Bitte an den Papst um dessen Intervention für Milderung der Friedensbedingungen durch den Nuntius in München die offizielle Mitteilung erhalten, daß der Papst bereits in dieser Richtung tätig sei.

Auch Italiener sollen Deutschland besetzen helfen.

Wie die Baseler Blätter berichten, kehrt General Diaz, der italienische Generalissimus, am Montag vom Pariser Kriegsrat ins Hauptquartier zurück. Es sind militärische Maßnahmen der italienischen Heeresleitung in Aussicht, welche eine Teilnahme an der voraussichtlichen Besetzung Deutschlands als wahrscheinlich erscheinen lassen.

Wilsons Botschaft an den Kongreß.

„Matin" meldet aus New York: Die Sondersession des Kongresses, die den Friedensvertrag erörtern soll, trat heute zusammen. Die Botschaft Wilsons wurde Sonnabend von Paris ins Weiße Haus gekabelt und wird voraussichtlich morgen im Kongreß verlesen werden, nachdem dieser seine innere Organisation ergänzt haben wird. Die Botschaft enthält ungefähr 4000—5000 Worte. Über den Inhalt ist nichts weiter bekannt, als daß sie die Aufmerksamkeit des Kongresses auf folgende Fragen lenken will: Regelung der Frage der amerikanischen Handelsmarine, Annahme des allgemeinen Wahlrechts, Annahme des Militär- und Flottenprogramms und Annahme geeigneter Maßnahmen zur Verstärkung des Prohibitionsgesetzes.

Der Streit zwischen Foch und Petain.

In einem Genfer Bericht des „Berner Tagblatts" heißt es: Die Meldung über den Streit des Marschalls Foch mit Marschall Petain und dessen Demission wird hier in vollem Umfange aufrechterhalten. Über den Standpunkt Petains wird an kompetenter Stelle folgendes mitgeteilt: Gegenwärtig stehen in Frankreich etwa eine halbe Million weißer Truppen unter den Waffen. Es sind dies die Jahrgänge 1907 bis 1918, die während des Krieges, mit Ausnahme des letzteren, die meisten Verluste erlitten haben, teilweise bis zu 80 v. H., außerdem noch einige hundertausend farbiger Truppen. Um Deutschland wirkungsvoll zu besetzen, muß von Frankreich eine Armee von 1 Million Mann gestellt werden. Bei der heutigen Stimmung, besonders unter den Arbeitern, dürfte eine Regierung nach Ansicht Petains es wagen, der kapitalistischen Forderung des Friedensvertrages wegen zu mobilisieren.

*

Auch die österreichischen Staaten müssen abrüsten.

„Corr. della Sera" zufolge hat Italien im Rat der Vier es durchgesetzt, daß die Abrüstungsbestimmungen nicht nur Deutschland gegenüber Platz greifen, sondern für alle früheren Staaten Österreich-Ungarns Geltung haben sollen. Clemenceau vertrat den Standpunkt, daß die Abrüstung nur für Deutsch-Österreich in Frage kommen könne, doch drang schließlich der italienische Standpunkt durch. Polen wird nicht zu den der Abrüstung unterworfenen Staaten gerechnet. Abrüsten sollen nur Deutschland, Österreich, Ungarn, die Tschecho-Slowakei und Südslawien.

Die Türkei soll aufgeteilt werden.

Die Pariser Ausgabe des „New York Herald" hält es für möglich, daß es überhaupt keinen Vertrag mit der Türkei geben wird. Man erwäge dies endlich in Konferenzkreisen mit der Begründung, daß die Türkei als Staatswesen nicht mehr existiere und nur noch die Erschöpft des früheren Osmanischen Reiches anzutreten sei. „New York Herald" erklärt, daß der größte Teil der europäischen Türkei Griechenland gegeben werden solle. Konstantinopel mit Hinterland fällt mit dem Mandat der Vereinigten Staaten an die Liga der Nationen. Für Armenien erhalten die Vereinigten Staaten gleichfalls ein Mandat für einen bestimmten Zeitpunkt, bis Armenien sich selbst regieren kann. Kleinasien wird voraussichtlich Griechenland teilweise gegeben werden. Frankreich und Italien sollen die übrigen Teile verwalten. England nimmt eine große Einflußzone in Mesopotamien, ferner Syrien. Diese vom „Herald" gemeldete Verteilung der Mandate scheint jedoch nicht endgültig zu sein, da aus Zensurlücken einiger Blätter hervorgeht, daß besonders die Abgrenzung der italienischen und griechischen Mandatszone noch nicht endgültig feststeht und andererseits Frankreich die Vergrößerung seiner Mandatszone in Syrien durchzuführen hofft.

Politische Übersicht.

Streik der Arbeiter am Suezkanal.

Rotterdam, 20. Mai. „Times" meldet, daß der Suezkanal-Streik sich immer mehr ausdehnt. In Port Said haben alle Hafenarbeiter die Arbeit niedergelegt. In Suez dreht der Ausstand der Arbeiter in den elektrischen Lichtzentralen und Eisfabriken. Angeblich verfolgt die ganze Bewegung nur wirtschaftliche und nicht politische Ziele.

Deutschland.

Regierungstruppen in Eisenach.

Eisenach, 19. Mai. Truppen des Freiwilligen Landesjägerkorps unter Führung des Generalmajors Maerker sind heute früh 3/2 Uhr, von Leipzig kommend, hier eingerückt. Als erster trat der Panzerzug des Leutnants Maetschke ein, dessen Mannschaft den Hauptbahnhof und die wichtigsten öffentlichen Gebäude besetzte. Sieben Führer der hiesigen Spartakisten wurden in ihren Wohnungen verhaftet, ohne daß Widerstand geleistet wurde. Später trafen Panzerautomobile, Infanterie und Maschinengewehre sowie Kavallerie, Artillerie und Minenwerfer ein. Die Flieger warfen einen Befehl des Generalmajors Maerker ab, wonach über Eisenach und die Ge-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-60787691319190521-16/fragment/page=0007